Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 11. April 1928
10. Jahrgang Nummer 85

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 28. Telephon [illegible]. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2884. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

„Wahlspende" der Hohenzollern!

(Eig. Drahtber.) **Berlin, 11. April.**

Wie die „Welt am Abend" mitteilt, haben in den Tagen vor Ostern im Niederländischen Palais, dem Maitressenpalais Friedrich Wilhelms II., Besprechungen über die Wahlkampfgelder der Hohenzollern für die Deutschnationalen stattgefunden. Es handelt sich dabei um eine geplante Summe von

1,5 bis 2 Millionen Mark,

die die Hohenzollern für den Wahlkampf flüssig machen wollen. Besondere Klagen stimmte der Vertreter der Hohenzollern über die Steuern an, und forderte **für den Hohenzollernbesitz Befreiung von jeder Grundsteuer.**

Anscheinend haben die Hohenzollern die Zustimmung der Deutschnationalen zu dem bekannten Kaiserparagraphen noch nicht verschmerzt, denn sie boten, entgegen ihrer früheren Gewohnheit, die obige Summe zunächst als Kredit (!). Erst nach Erfüllung der Hohenzollernwünsche soll die Summe dann gestrichen werden.

Mit Recht schreibt dazu die „Welt am Abend": „Die Oeffentlichkeit und insbesondere die Arbeitnehmerschaft sieht bei dieser Gelegenheit wieder, wie die Hohenzollern ihre Geschäfte machen. Sie wollen sich durch ihre Millionen eine Tanzgruppe im Parlament schaffen und gleichzeitig durch Steuererlaß eine vielhundertprozentige Verzinsung ihrer Wahlkosten herausschlagen. Die Steuergesetzentwürfe, die von den Hohenzollern verlangt werden, hätten für sie die Bedeutung einer neuerlichen Schenkung von 25—30 Millionen. So machen die Hohenzollern ihre Geschäfte! So helfen ihnen die Deutschnationalen! Aber erst durch die gegenwärtige preußische Regierung sind die Hohenzollern so stark gemacht worden, daß sie derartige unverfrorene Forderungen aufstellen können."

Große Kommunistenhatz in Japan

Auflösung proletarischer Organisationen

(Eig. Drahtber.) **Berlin, 11. April.**

Die bürgerliche Presse berichtet über London aus Tokio, daß die japanische Regierung eine große Kommunistenhatz durchgeführt habe, bei der an die 1013 kommunistische (?!) Agitatoren verhaftet worden sind. Die Verhaftungen erfolgten angeblich wegen eines Komplotts gegen den japanischen Kaiser. Gleichzeitig beschuldigt man die japanischen Kommunisten, bei den letzten Parlamentswahlen von Rußland (?) Wahlgelder erhalten zu haben. — Im Zusammenhang **mit den Verhaftungen löste die japanische Regierung die Proletarierpartei „Ronoto" und zwei andere radikal-politische Organisationen auf, „da ihre Existenz die Sicherheit und Ordnung des Landes gefährde".**

*

Das japanische Außenministerium veröffentlicht im Zusammenhang mit der „Aufdeckung der Verschwörung gegen das Leben des Kaisers von Japan" einen Bericht, in dem es heißt, daß die Polizei schon seit einiger Zeit auf die rege Tätigkeit der Kommunisten aufmerksam geworden sei. Die Kommunisten, die den Anschlag ausführen sollten, hätten bereits die Wege genau studiert, die der Kaiser bei seinem Morgenritt benutzte. (!) Die Zahl der Verhafteten sei inzwischen auf **1600** gestiegen. Sämtliche ausländischen Kommunisten werden aus Japan ausgewiesen werden.

Kein Recht auf Kritik der Reichswehr

Der Arbeiter Genosse Bahnick aus Magdeburg stand am 8. April vor dem 4. Senat des Reichsgerichts unter Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Der Vorsitzende war Senatspräsident Lorenz. In Untersuchungshaft war Bahnick seit dem 5. Juni 1927. Er hatte einem Reichswehrsoldaten die Zeitung „Der Reichswehrsoldat" ausgehändigt, nachdem er vorher mit ihm in verschiedenen Lokalen Magdeburgs gezecht hatte. Bei ihm wurden bei seiner Verhaftung einige Briefe und andere Schriftstücke gefunden, aus denen die Anklage den Beweis zu liefern versuchte, daß Bahnick systematisch „Zersetzung" der Reichswehr betrieb.

Unter „Zersetzung" versteht die Reichsanwaltschaft **Verbreitung kommunistischer Ideen.** Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Artur Samter aus Berlin, wies auf die Gesetz- und Verfassungswidrigkeit der Anklage hin. Da nach der Reichsverfassung alle Deutschen gleich behandelt werden müssen, muß dies auch von allen im Reichstag vertretenen Parteien gelten. Er ging die Artikel der „Reichswehrzeitung" vollständig stückweise durch. Der Inhalt war durchweg harmlos und bezog sich darauf, daß die Rekrutierung der Reichswehr von Stahlhelm, sogenannten Nationalsozialisten, Wiking und Olympia besorgt wird, und auf verschiedene Mißstände, die tatsächlich vorhanden waren.

Das Gericht erkannte nach langer, zeitweilig stürmischer Beratung, anstatt auf Zuchthaus, wie der Reichsanwalt beantragt hatte, auf eine Festungsstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten, unter Anrechnung von 9 Monaten auf die Untersuchungshaft.

Bei der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß die Kritik der KPD. zwar wie jeder anderen Partei gestattet sei, daß aber die in der „Reichswehrzeitung" geübte Kritik offenbar nicht zu dem Zwecke geschehen sei, um zu bessern, sondern um herabzusetzen.

Das ist ein neues Meisterstück des Reichsgerichts; kritisieren darf nur der, der „bessern" will, andere Kritiken sind nicht erlaubt. Deutlicher kann der tendenziöse Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz kaum unterstrichen werden.

Amerikas „ärmliche" Flotte. London, 10. April. — Der amerikanische Marineminister Wilbur erklärte am Sonnabend in einer Rede in Omaha, daß die Flotte der Vereinigten Staaten zweitklassig sei und unfähig, den Handel und die Küsten des Landes ausreichend zu schützen. (!!) Erst die Annahme des Flottenbauprogramms würde hierin Wandel schaffen.

Vom Tage

Am Ostermontag wurde in Lodz eine große kommunistische Versammlung von der Polizei gesprengt. Ueber 50 Kommunisten wurden verhaftet.

Wie Associated Preß aus Washington meldet, hat Präsident Coolidge vom Kongreß die Bewilligung eines Nachtragsetats in Höhe von 56 897 800 Dollar nachgesucht, wovon 50 Millionen für die Durchführung des Freigabegesetzes bestimmt sind.

Am 7. April ist in Bangkok ein Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Siam von den Bevollmächtigten beider Regierungen unterzeichnet worden.

Die Partei ruft!

5 Fragen

an alle Partei-, RFB-, Ortsgruppen u. Zellen

1. **Habt ihr schon, gemeinsam mit dem Kolporteur der „Arbeiter-Zeitung", über die erste Wahlnummer gesprochen?**
2. **Steht eure Gruppe am nächsten Sonnabend und Sonntag zum Verkauf und zur Werbung in Bereitschaft?**
3. **Sind alle Arbeiten sorgfältig verteilt?**
4. **Ist Anweisung gegeben, die Adressen von Sympathisierenden zu notieren?**
5. **Ist die Bestellung der Wahlnummern — in Höhe von mindestens dem Zehnfachen des Abonnentenstandes — an den Verlag abgesandt?**

„Christenverfolgung in Mexiko"

oder: Wie das Zentrum ablenkt

Breslau, 11. April.

R. Je näher die Auflösung des Reichstages und damit Neuwahlen kamen, desto größer wurde die Verlegenheit der Zentrumspartei. Ihr Bürgerblockkurs, die Scharfmacherpraxis ihres Reichsarbeitsministers, die mieterfeindliche Politik ihres Hirtsiefer, die Mandatsforderungen der katholischen Industriellen und Grafen, das alles hatte die christlichen Arbeiter aufgeschreckt. Dumpf grollte es in der sonst so folgsamen Zentrumsherde. Was tun? Wer konnte da helfen?

Wer anders als die schwarze Garde: der Klerus. Der Jesuitenpater Muckermann gab denn auch das Signal und bald donnerte es von allen Kanzeln: Christenverfolgungen, Katholikenermordung in Mexiko!

Das große Ablenkungsmittel war gefunden. Was heißt da Elend und Not der Arbeiter, was heißt Reaktion, jetzt geht es um Höheres, um Kirche, um Religion, so lautet die klerikale Wahlmelodie. Und die bankrotten Zentrumspolitiker schmunzeln, sie vertrauen auf den religiösen Kitt.

*

Was ist nun in Mexiko?

Eine Regierung Calles, Vertreterin der Bourgeoisie, der Kleinbürger und Kleinbauern. Diese nahm zunächst den Kampf auf gegen die ausländischen Besitzer der mexikanischen Bodenschätze (meist Oelfelder), in deren Händen zwei Drittel des mexikanischen Nationalvermögens sind. Aber unter dem Drucke der Vereinigten Staaten und infolge unbekannter Angebote eines neuen USA.-Botschafters Morrow vom Hause Morgan kapitulierte Calles und setzte den berühmten Verfassungsartikel 27, der die Nationalisierung der Bodenschätze aussprach, praktisch außer Kraft.

Weiter fortgeschritten war aber bereits der Kampf gegen den Agrarfeudalismus, dessen Repräsentant die katholische Kirche, die größte Landbesitzerin von Mexiko, ist. Seit einem Jahrhundert bekämpft diese jede Agrarreform. Die Verfassung des Jahres 1857, die die Sklaverei abschaffte, wurde von Papst Pius IX. feierlich für „null, nichtig und ohne Wert" erklärt. Drei Präsidenten half der mexikanische Klerus seitdem durch Putsche stürzen. Gegenwärtig wendet er sich, in echt christlicher Entrüstung, gegen Gesetze, die eine Verteilung der großen Landkomplexe an die verelendeten Kleinbauern und Landarbeiter, eine Registrierung der Geistlichen und eine Befreiung der Schule von kirchlicher Oberhoheit bezwecken.

Der Kampf der Regierung Calles gegen den katholischen Klerus ist also ein politischer, ein sozialer Kampf. Die katholische Kirche spielt in ihm eine dunkle, reaktionäre, mittelalterliche Rolle.

*

Wie wenig Anlaß zur Entrüstung die Kirche hat, zeigt ein Blick auf die blutigen, verbrecherischen Kampfmethoden der mexikanischen Geistlichkeit.

Der Klerus läßt alle Minen springen. Er peitscht die noch religiösen Teile der Bevölkerung mit allen Mitteln auf. „Eltern, die ihre Kinder in die Regierungsschulen schicken, sind Verbrecher," heißt es auf einem der Kirchenplakate. Geistliche selber übernehmen die Führung von bewaffneten Banden.

Dafür einen gräßlichen Beweis: **Vor einem Jahr brachte eine von katholischen Priestern angeführte Bande den von Guadalajara nach Mexiko-Stadt fahrenden Zug zur Entgleisung. Unter dem Ruf: „Viva Christo Rex" (Es lebe Christus, der König)**

schlachteten diese Christen 150 wehrlose Menschen, darunter 20 Kinder, ab.

Auch der letzte konterrevolutionäre Aufstand ging aus von klerikalen Kreisen, deren Helfer der General Gomez war. So sieht die arme, verfolgte, „wehrlose" Kirche Mexikos aus!!

*

In ihrer Protestkampagne bezeichnet die katholische Presse die Regierung Calles als „bolschewistisch". **Darin liegt Methode! Die Hetze gegen Calles soll sich — und das ist für Deutschland ihr Hauptzweck — gegen den Kommunismus, gegen den kommunistischen Teil der Arbeiterschaft auswirken.**

Wir zeigten oben schon, wie Calles seine anfänglich schwankende Kleinbürgerhaltung bald aufgegeben und in den Armen des Dollarimperialismus, symbolisch vertreten durch den Flieger Lindbergh, gelandet ist. Wie alle bürgerlichen Revolutionäre, die den Schatten des Proletariats neben sich auftauchen sehen,

schrak er zurück. Schon wird gemeldet, daß er mit der Verfolgung der revolutionären Bewegung begonnen hat.

Das alles weiß die katholische Presse genau. Aber sie braucht den Schwindel vom „Bolschewisten" Calles, denn der wahre Zweck ihrer Entrüstungskampagne ist, durch Stimmungsmache von den Früchten der Zentrumspolitik abzulenken. Die christlichen Arbeiter sollen sich über Mexiko entrüsten, um ihre Entrüstung über die deutschen Verhältnisse zu vergessen. Sie sollen sich über den „Bolschewisten" Calles entrüsten, um nur ja nicht mit den deutschen Bolschewisten, den kommunistischen Arbeitern, zusammenzugehen.

Fürwahr, ein kluger, ein allzu kluger Pfaffenplan!

Warum gerade Mexiko?

Wo blieb im Kriege die klerikale Protestaktion?

Wo war der katholische Klerus, als während des Krieges in Belgien und Frankreich zahlreiche katholische Geistliche auf Anordnung deutscher kaiserlicher Offiziere ohne viel Federlesens an die Wand gestellt und erschossen oder aufgehängt wurden? Folgendes Dokument gibt darüber Aufschluß:

„Der General-Gouverneur in Belgien
Section b. Nr. 3841.

Brüssel, 28. Februar 1915.

Urschriftlich mit Anlagen
dem Generalquartiermeister West
zurückgereicht.

Die für den Bereich des Generalgouvernements abgeschlossenen Ermittlungen haben folgendes ergeben:

A. 1. Im Bistum Namur sind 26 Priester getötet worden — 25 erschossen, 1 gehängt.

2. Im Bistum Lüttich sind 6 Priester erschossen.

3. Im Bistum Mecheln sind 13 Priester erschossen.

4. Im Bistum Tournai sind 2 Priester erschossen.

Die bischöflichen Behörden behaupten, daß alle unschuldig getötet seien.

B. Bezüglich des Berichtes der Königlichen Preußischen Gesandtschaft in Rom ist folgendes festgestellt:

1. Bei der Zerstörung Löwens wurde der Jesuiten-Novize Dudierreux in der Nähe von Tervueren erschossen, weil er verdächtige Notizen über die Vorgänge von Löwen bei sich trug.

2. Der Pfarrer von Bueken und Gelrode sind erschossen.

3. Der Pfarrer von Schaffen hat am 25. Januar erklärt: Am 18. August seien die ersten deutschen Truppen eingezogen. Am selbigen Morgen sei eine Radfahrerpatrouille der Kurabiniers in den Ort gekommen, und diese haben die deutschen Spitzenreiter niedergeschossen. Die Deutschen hätten ihre toten Kameraden gefunden, sie seien des Glaubens gewesen, diese seien von der Dorfbevölkerung erschossen worden. Dabei sei er von den deutschen Soldaten erheblich mißhandelt worden. Er habe ihn mit vielen anderen, nachdem das Dorf in Flammen gesetzt worden sei, auf eine benachbarte Höhe geführt und dort gezwungen, das Schauspiel des niedergebrannten Dorfes mitanzusehen. In dem Dorfe selbst hätten die Soldaten alles in Brand gesteckt und 23 Personen, darunter auch einige Frauen, erschossen.

4. Der Pfarrer von Spontin erhielt einen Kolbenstoß unter das Kinn, so daß er aus dem Munde blutete, dann drei Bajonettstiche in den Hals. Dann wurde er an Ort und Stelle an Händen und Füßen gebunden, an den Haaren in die Höhe gehoben und schließlich erschossen.

Der General-Gouverneur
Freiherr von Bissing."

Diese Scheußlichkeiten haben merkwürdigerweise die deutsche katholische Geistlichkeit nicht im geringsten irritiert. Begeistert segnete sie vier Jahre lang die deutschen Waffen, die auch gegen belgische und französische Priester gerichtet wurden. Kein Protest, kein empörter Aufschrei erhob sich damals, geschweige denn, daß der deutsche Klerus die Gläubigen zu Massenkundgebungen gegen das verbrecherische Wüten des deutschen Militarismus und Imperialismus aufgerufen hätte.

Und nach dem Kriege? Von vornherein war alles vergeben und vergessen. Mit denselben Kreisen, den Deutschnationalen und Volksparteilern, denen die verantwortlichen wilhelminischen Offiziere, die die Füsilierungen belgischer und französischer Geistlicher befahlen, entstammen, hat das Zentrum jahrelang brüderlich zusammen in der Regierung gesessen und Politik gemacht.

Das beweist zur Genüge, daß die gegenwärtig mit großem Aufwand geführte Protestaktion gegen die mexikanische Regierung Demagogie zu durchsichtigen Zwecken ist.

Vom schlesischen Steinarbeiterkampf

Was muß die Antwort auf die Stillegungsdrohung sein?

b. Der Anfang März begonnene Kampf der Steinarbeiter hat infolge der provokatorischen Drohung der Unternehmer mit der Stillegung sämtlicher Betriebe eine außerordentliche Schärfe erfahren. Die Unternehmer scheinen sich außerordentlich stark zu fühlen. Beim Ablauf des Tarifs Ende Februar schlugen sie den Arbeitern ernstlich vor, den Tarif ohne Lohnerhöhung auf zwei Jahre zu verlängern. Unter dem Eindruck des gegen den Willen der reformistischen Führer ausgebrochenen Streiks bequemten sie sich später zu dem Angebot von 61,5 Pfennig in der Gruppe V. Jetzt glauben sie, die Arbeiterschaft sei durch den langen Streik erschöpft, lehnen deshalb den Spruch mit Stundenlöhnen von 51 bis 67 Pfennig ab und drohen mit der Stillegung. Damit wollen sie die Schlichtungsinstanzen zwingen, einen neuen, für die Arbeiter ungünstigeren Spruch zu fällen und für verbindlich zu erklären.

Der von den Unternehmern abgelehnte Spruch erfüllt bei weitem nicht die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen. Die Steinarbeiter forderten 80 Pfennig Stundenlohn in der Spitze. Der Spruch bringt nur 67 Pfennig. Trotzdem hat bei der am Freitag vergangener Woche in den Steinrevieren stattgefundenen Urabstimmung nicht einmal die Hälfte der Kollegen gegen die Annahme gestimmt. Weshalb? Deshalb, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Streikenden in den Rücken gefallen waren. Die Forderung der Arbeiter lautete: 80 Pfennig Stundenlohn in der Spitze. Dessenungeachtet wurde von den reformistischen Führern bereits bei den ersten Verhandlungen die Forderung von nur 68 Pfennig in der Spitze aufgestellt. Der Spruch brachte nur einen Pfennig weniger, als die Verbandsführer gefordert hatten. Nun dachte die Mehrheit der Steinarbeiter: Soll man eines Pfennigs wegen weiterstreiken? Diese Frage verneinte die Mehrzahl. Bestand die Möglichkeit, den Streik nicht um die 68 Pfennig, sondern um die 80 Pfennig fortzusetzen? Unzweifelhaft! Doch müßte man, bevor man den Streik um die Arbeiterforderung von 80 Pfennig beginnt, die reformistischen Verbandsführer zum Teufel jagen, die nur 68 Pfennig gefordert haben. Da die Steinarbeiter sich noch zu schwach fühlten, mit Erfolg gegen die in einer Front stehenden Unternehmer, Schlichter und sozialdemokratischen Verbandsführer anzurennen, deshalb gaben sie ihre Stimme für Annahme des Spruches ab. Gleichzeitig machten sie natürlich keinen Hehl daraus, daß sie die schädliche Haltung der Senft u. Co. aufs schärfste verurteilen.

Infolge der Ablehnung des Spruches durch die Unternehmer sind die Hoffnungen der reformistischen Verbandsführer auf baldige Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung" nicht in Erfüllung gegangen. Die Unternehmer begründen ihre Ablehnung mit der Unrentabilität der Werke. In Wirklichkeit war in den letzten Jahren in allen schlesischen Granitbrüchen eine Hochkonjunktur zu verzeichnen, wie sie die Unternehmer besser gar nicht wünschen konnten. Mit der Stillegungsdrohung wollen die Steinindustriellen lediglich den Nachweis führen, daß sie stärker als die Arbeitergewerkschaften sind. Sie rechnen mit Bestimmtheit, daß die Schlichtungsinstanzen ohne Rücksicht auf die bevorstehenden Parlamentswahlen ihrer Drohung nachgeben werden.

Steinarbeiter, durch die Rechnung der Unternehmer gilt es einen dicken Strich zu machen! Die Antwort der Arbeiter auf die Stillegungsdrohung muß sein: Kampf dem Schlichtungssystem, welches nur zugunsten der Unternehmer entscheidet! Kampf der Sozialdemokratischen Partei, die das Schlichtungssystem mit geschaffen hat und es bis zur Stunde verteidigt! Zwingt die reformistischen Führer, dem Schlichter und dem Unternehmertum zu erklären, daß sie die Forderung von 68 Pfennig in der Spitze zurücknehmen! Beschließt, erst in die Betriebe zurückzukehren, nachdem Eure alten Forderungen, darunter 80 Pfennig Stundenlohn in der Spitze, erfüllt sein werden!

Königsberger Buchdrucker harren aus

Königsberg, 11. April. (Eig. Drahtber.) Der Buchdruckerstreik in Königsberg geht weiter. In einer Streikversammlung am Karfreitag wurde mitgeteilt, daß die Unternehmer an Stelle der im Schiedsspruch vorgesehenen Zulage von 3,36 Mark eine solche von 5,36 Mark zahlen wollen. Die Versammlung lehnte dieses Angebot als zu niedrig ab und beschloß Fortsetzung des Streikes. Bezeichnend ist, daß das von Streikbrechern hergestellte Notblättchen den Berliner „Vorwärts" gegen die Streikenden zitiert hat. Das „Vorwärts"-Geschwätz wird aber die Königsberger Buchdrucker in keiner Weise beeinflussen.

In Dresden haben die Buchdrucker der Werk- und Akzidenzdruckereien die Arbeit wieder aufgenommen. Sie haben keinen Erfolg erzielen können, nachdem es den Unternehmern und Verbandsinstanzen gelungen war, durch eine Zulage von 6 Mark die Buchdrucker der Zeitungsbetriebe zum Abbruch des Streikes zu bewegen. Wohl bleibt der Erfolg der Zeitungsdrucker bestehen, doch zeigt es sich, wie notwendig ein geschlossener Kampf ist, wenn für alle Erfolge erzielt werden sollen.

*

Richtigstellend sei mitgeteilt, daß der von den Hamburger Metallarbeitern abgelehnte Schiedsspruch eine zehnprozentige Erhöhung der Zeitlöhne und eine nur zweiprozentige Erhöhung der Akkordlöhne vorsah.

Vom „Kongreß" der Maslowiten

Aus dem Zentralorgan der Sozialdemokratie, dem „Vorwärts", erfährt man über die sogenannte Reichskonferenz des Maslow-Urbahns-Bundes. Eine ganze Spalte widmet das Stampfer-Organ seinen trotzkistischen Verbündeten. Und nicht mit Unrecht. Die Renegatenklique Maslow-Urbahns u. Co. haben gute Arbeit für die Firma Wels, Noske u. Stampfer geleistet. Nach Referaten von Scholem, Urbahns und Bartels beschloß die Konferenz die Aufstellung eigener Listen für die Reichstags- und Landtagswahlen. Am Tage zuvor brüllte man noch in allen Tönen: Wir sind keine Partei. Am Tage darauf beschloß man eigene Wahllisten. Herr Maslow wäre sich selbst untreu geworden, wenn er nicht dem Betrug eine kleine Erpressung hinzugefügt hätte. Man nahm eine Resolution an, in der die Kommunistische Internationale aufgefordert wird, den Maslow-Bund als sympathisierende Organisation aufzunehmen .... widrigenfalls ..... Herr Maslow eigene Listen aufstellen werde. Eine wahrhaft fürchterliche Drohung! Herr Maslow stellt eigene Listen auf. Na, warum soll er denn nicht ... Hat doch bei den letzten Reichstagswahlen der berühmte Prophet Häusser auch eine Reichstagsliste aufgestellt und fast 40 000 Stimmen darauf gesammelt. Es ist selbstverständlich, daß sowohl die Kommunistische Partei als auch die Kommunistische Internationale die „Angebote" der Maslowisten unter gebührender Kennzeichnung zurückweisen werden. Auf die gefaßten Resolutionen der Konferenz kommen wir noch zurück.

Kleine politische Nachrichten

Moskau lehnt einen amerikanischen Stahlwerk-Entwurf ab. Tu. Neuyork, 10. April. — Der Entwurf der Farquinar-Gesellschaft zur Errichtung eines großen Stahlwerkes im Donezgebiet ist von den Sowjetbehörden als unvollständig und unbrauchbar zurückgewiesen worden.

Vor dem Bau eines zweiten Panamakanals. Tu. London, 10. April. — Der amerikanische Kongreß wird in seiner gegenwärtigen Session aller Wahrscheinlichkeit nach die Mittel für eine Untersuchung der Möglichkeiten auf Verbreiterung des Panamakanals und Schaffung einer nikaraguanischen Kanalroute bereitstellen.

Der Rückgang der Geburtenziffer in Frankreich. Paris, 10. April. — Die „Volonté" ist entsetzt über den Rückgang der Geburtenzahl in Frankreich. Alle bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Uebels hätten nicht gewirkt, auch nicht die Begünstigung kinderreicher Familien. 1926 hätte der Geburtenüberschuß nur 60 000 betragen, während er in Deutschland 491 000 und in Italien 418 000 betrug.

Der Held

Von Onga Angmar

(Schluß.)

Er zerrt den Lehnstuhl zum Fenster, mit den Zähnen, dann packt er die rote Plüschdecke des Sehemels mit den Zähnen, schleift ihn so zum Lehnstuhl, klettert hinauf und hält sich mit dem kurzen rechten Armstumpf am Fensterbrett fest, an das er die Krücke gelegt hatte. Der Hof liegt kaum einen Meter tiefer — ein Pflasterstein ist aufgerissen, die lehmige Erde sichtbar. Er windet sich auf das niedrige Fensterbrett und faßt die Krücke, stößt sie unten ein, daß seine Zähne schmerzen; sie rutscht, nun faßt sie Boden. Dann hält er sich mit dem Armstumpf am Griff fest und läßt sich hinuntergleiten. Die Krücke springt aus dem Boden, er fällt darüber, liegt einen Augenblick

regungslos — aber er ist unten. Es ist fast finster. Aus einigen Fenstern strömt grünliches Gaslicht. Ein Hund wird unruhig, ein Mann schaut zum Fenster hinaus, beugt sich vor. Der Krüppel rührt sich nicht. Da zieht der Mann den Kopf zurück. Unsäglich mühsam wälzt sich Krause die Hauswand entlang, durch den Korridor zur Straße. Seit zwei Jahren hat er die Straße nicht gesehen. Die Menschen, die Lichter, die Geschäftigkeit. Es ist eine stille, finstere Straße, aber ihm scheint sie zu beben vor Leben. Wissen die Menschen nicht, welchem Grauen sie entgegenlaufen? Wie Schlafwandler kommen sie ihm vor.

Vor der Tür steht ein kleiner Handwagen. Ein Junge sitzt auf der Deichsel und scheint sich auszuruhen. Säcke und Kisten liegen auf dem Wägelchen. „Nehmen Sie mich mit, bitte, nehmen Sie mich mit", sagt plötzlich etwas unten bei den Rädern. Wie gestochen fährt der Junge zusammen, beugt sich nieder und hebt dies unglaubhafte Stück eines Menschen auf dem Platze. „Wohin ... was ...?" stammelt er. „In —", er nennt irgendeine nahe Straße, die ihm gerade einfällt. Sie fahren. Erst jetzt wundert sich der Junge, wie er dazu kommt, und was das alles für einen Sinn hat. Der Krüppel rührt sich nicht auf den Ballen. Aber der Junge rennt so, daß der Wagen hinter ihm drein stolpert, sieht sich nicht um und biegt in die große Straße. Ein Zeitungsverkäufer unter der Bogenlampe ruft seine Blätter aus. Grell beleuchtet springen die Kopfzeilen heraus: „Frankreichs Beziehungen mit Rußland abgebrochen. Deutschland interveniert." Von den Kisten im Wägelchen her kommt ein Laut, der dem ziehenden Jungen einen Schauder über den Rücken treibt. Stöhnen oder Gelächter. „Halt, bleiben Sie stehen, hier irgendwo!" Und plötzlich schreit eine von langem Schweigen eingerostete Stimme: „Ihr werdet Euch doch nicht wieder hineinhetzen lassen in den gleichen Wahnsinn. Habt Ihr's denn vergessen? Mit Lügen und Phrasen fängt es an, und mit Kanonen und Granaten hört es auf." Er holt Atem. Viele Leute sind stehen geblieben. Man strömt zusammen. Einige haben zu lachen versucht, aber ihr Lachen ist in der Kehle steckengeblieben, wie sie dieses furchtbare Stückchen Mensch sehen. Ein Polizeimann hat von weitem den Auflauf gesehen und kommt mit langsamen Schritten auf den Platz. „Noch einmal", schreit jetzt der Krüppel, „sollen Millionen sterben, damit die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden? Tut es nicht, schreit, wehrt Euch, solange es noch Zeit ist. Denn ist es zu spät, dann packt's jeden. Ich habe meine berühmte Vaterlandspflicht erfüllt, da sehen Sie doch, bitte, sehen Sie." Seine Stimme ist jetzt hoch und schrill wie die eines Kindes. „Laßt es nicht zu. Jagt die fort, die Euch hineinhetzen." Plötzlich packt ihn eine Hand am Aermel, lockert sich erschreckt, weil sie leer bleibt. Der Polizist.

„Wollen Sie wohl aufhören zu krakeelen. Wie kommen Sie denn hierher, wer sind Sie denn?" Der Krüppel antwortete nicht. Der Beamte packt ihn am Kragen, aber die Gestalt fällt vornüber. Veit Krause ist von den Anstrengungen dieses Abends in Ohnmacht gefallen. Der Junge am Leiterwagen tritt nun vor und erzählt, wie er den Krüppel gefunden hat. Er legt den Finger an die Stirn und drückt so seine Ansicht über dessen Geisteszustand aus. Nun lachen wieder einige. „Glaub' ick och," sagte der Beamte. „Und nun schieben Sie mal diesen Helden wieder nach Hause." Gelächter. „Auseinander, bitte!"

„Recht hat er gehabt mit jedem Wort, der arme Teufel", sagt plötzlich ein großer Junge. „So, dann kommen Sie mal mit aufs Revier, wenn Sie solche Ansichten über Ihr Vaterland haben. Sind Sie denn ein Deutscher?"

„Ich bin ein Arbeiter", sagt der andere ... Langsam zerstreut sich die Menge. Durch die halbdunkle Seitenstraße rumpelt das Wägelchen: auf den Ballen liegt regungslos der Held.

Oberschlesien

„Lieber die Reichswehrkapelle als die des RFB."

Das Ortskartell Oppeln zerschlägt die gemeinsame Maifront

Wie an zahlreichen anderen Orten in Schlesien und Oberschlesien, so wollen auch die reformistischen Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten in Oppeln verhindern, daß am 1. Mai die gesamte Oppelner Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit geschlossen gegen die Trustbourgeoisie demonstriert. Mit welch schändlichen Mitteln die berufsmäßigen Saboteure des Einheitswillens in der Arbeiterschaft daran gehen, eine gemeinsame Maidemonstration zu verhindern, zeigte die letzte Ortskartellsitzung des ADGB., die sich unter anderem auch mit der Maidemonstration befaßte. Weinitschke berichtete über die Vorbesprechungen zwischen ADGB., KPD. und SPD. und verlangte im Namen des Kartellvorstandes, daß die Maidemonstration ohne jede Kapelle stattfinden soll. Als Redner sollte nur ein Gewerkschaftler, natürlich ein SPD.-Mann, in Frage kommen. Diese Kastrierung und Verschandelung des 1. Mai begründete der sozialdemokratische Redner unter anderem damit, daß wir jetzt einen anderen Staat haben (!) und die Gewerkschaften ein Recht haben, für ihre wirtschaftlichen Forderungen zu demonstrieren. Genosse Girndt nagelte dieses schändliche Verhalten sofort fest. Was die Musikfrage anbelangt, so machten die Reformisten keinen Hehl daraus, daß die RFB.-Kapelle ausgeschaltet werden solle. Der Reformist Weinitschke erklärte offen:

Lieber die Reichswehrkapelle als die Kapelle des RFB.

In ihrem Bestreben, die Kommunisten bei den Arbeitern zu verleumden, leistete sich der Sozialdemokrat Weber sogar die hundsgemeine Lüge, daß Genosse Girndt die letzte Maidemonstration nicht im Zuge mitgemacht, sondern nur nebenher gegangen sei. Sozialdemokratische Arbeiter waren genötigt, diesen Schwindel zu entlarven und festzustellen, daß Genosse Girndt wie alle Kommunisten bei den Maifeierdemonstrationen immer mit im Zuge war. In der weiteren Debatte zeigte sich deutlich das Bestreben der sozialdemokratischen Führer, nicht sachlich über den 1. Mai zu debattieren, sondern ihre Reden zu einer gemeinen Hetze gegen die KPD. und zu einem Wahlmanöver zu benutzen. Wiederum war es Weinitschke, der die Katze aus dem Sack ließ und erklärte, daß er sich im Wahlkampf mit der KPD. messen werde. Kollege Schulz machte den Zwischenruf: „Dafür bezieht Du Dein Gehalt von den Gewerkschaften, um in Gewerkschaftssitzungen für die SPD. zu agitieren."

Bei der Abstimmung wurde dann durch einen Trick des Versammlungsleiters der weitergehende Antrag der Opposition an die zweite Stelle verschoben. Dank der reformistischen Mache wurden 22 Stimmen für den reformistischen Antrag und die Zersplitterung der Maidemonstration und 9 Stimmen für den Antrag der Opposition abgegeben.

Die oppositionellen Gewerkschaftskollegen denken selbstverständlich nicht daran, am 1. Mai unter der Führung der Reformisten für die SPD. zu demonstrieren. Sie wissen, daß die Bezeichnung Gewerkschaftsdemonstration nur in der Absicht gewählt wurde, das bei den Arbeitern in Verruf gekommene Schild der SPD. zu verdecken. Alle klassenbewußten Arbeiter, alle oppositionellen Gewerkschaftskollegen werden den sozialdemokratischen Saboteuren der Einheitsfront die Antwort geben und unter Führung der KPD. am 1. Mai für die Forderungen der Arbeiterschaft demonstrieren.

Schon heute gilt es in den Betrieben für diese einzig würdige Form der Maidemonstration Propaganda zu machen, damit den Verbrechern an der Einheitsfront des Proletariats, die lieber mit der Reichswehr als mit den Roten Frontkämpfern marschieren wollen, gezeigt wird, daß sich die Massen der Arbeiter von ihnen mit Abscheu und Empörung wenden.

Die Bezirks-Parteiarbeiter-Konferenz

Am 1. April nahmen die verantwortlichen Parteiarbeiter der Ortsgruppen in einer Konferenz in Gleiwitz Stellung zu der politischen Lage und zu dem kommenden Wahlkampf. Der Referent Genosse Glagau führte u. a. aus:

„Unsere Parteiorganisation soll eingestellt werden auf die Durchführung des Wahlkampfes. Es geht nicht darum, unter allen Umständen recht viel Mandate zu gewinnen, sondern wir wollen diesen Wahlkampf benutzen, um einen Teil der Voraussetzungen zu schaffen, die für die Entscheidungskämpfe der Arbeiterschaft erforderlich sind. Wir wollen großen Arbeitermassen unsere Forderungen und Ziele vermitteln, um sie noch schärfer in Widerspruch zu bringen mit den bürgerlichen Parteien und dem kapitalistischen System. Es gilt, die bürgerliche Front zu zersetzen, den Gegner zu schwächen und die Kraft der Arbeiterschaft zu verstärken. Die Wahlarbeit birgt in sich gewisse Gefahren. Viele Funktionäre sind unter Verkennung unserer grundsätzlichen Einstellung zum Parlamentarismus, zur Demokratie und zum kapitalistischen Staat oftmals geneigt, in der Agitation und Propaganda unser klares kommunistisches Gesicht und Programm zu verwischen. Von vornherein muß Klarheit darüber bestehen, was durch den Wahlkampf erreicht werden soll. Gerade durch unser zielbewußtes kommunistisches Auftreten werden wir die Arbeiterschaft gewinnen, auch am Tage der Wahl ohne irgendwelche Illusionen den Stimmzettel für die Kommunistische Partei abzugeben.

Genosse Glagau schildert dann ausführlich die wirtschaftspolitische Lage, die Bedeutung des Bürgerblocks, die Koalitionspolitik, die Wirtschaftskämpfe, das Notprogramm der Unternehmer und die Politik und Taktik der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Im Anschluß daran charakterisiert er den Parlamentarismus, die Demokratie und den bürgerlichen Staatsapparat als Werkzeuge und Instrumente zur Aufrechterhaltung der Kapitalsherrschaft. Gleichzeitig wurde die Arbeitsteilung der bürgerlichen Parteien bis hinunter zur Sozialdemokratie für die Erhaltung des kapitalistischen Systems aufgezeigt.

Nach den Ausführungen des Genossen Glagau zum ersten Punkt der Tagesordnung gab derselbe ein kurzes instruktives Referat über die organisatorischen Aufgaben. In der Diskussion wurden auf Grund von Einzelheiten weitere Anregungen und Fingerzeige für die Führung des Wahlkampfes gegeben.

Im 2. Punkt der Tagesordnung erfolgte die Aufstellung der Kandidatenlisten für den Reichs- und Landtag.

Die Bezirksparteiarbeiter-Konferenz brachte den Beweis, daß unsere Parteiorganisation in vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit die schwere Arbeit in den kommenden Wochen im Interesse des Proletariats erfüllen wird.

Im Anschluß an die Parteiarbeiter-Konferenz fand auf dem Ringe die erste öffentliche Wahlkundgebung der Partei statt. Diese Kundgebung bewies, daß die werktätige Bevölkerung nur in der Kommunistischen Partei ihre Vertretung erblickt. Vor einer 2000köpfigen Menge legte Genosse Geschke die Ziele und Forderungen der Kommunistischen Partei dar. Im Anschluß daran fand ein Demonstrationszug statt.

*

Die werktätige Bevölkerung von Oberschlesien wird nicht hereinfallen auf das Liebeswerben der bürgerlichen Parteien und wird auch am Tage der Wahl zum Ausdruck bringen, daß sie die arbeiterfeindlichen Taten des Zentrums und der Sozialdemokratie zu würdigen weiß.

Hindenburg

Arbeitslose werden wie Sklaven verschickt

Am 2. April wurden 18 Arbeitslose vormittags 8 Uhr nach dem Arbeitsnachweis in Hindenburg bestellt. Wohin es gehen sollte, wußten die Arbeitslosen nicht. Endlich um 11 Uhr wurden sie mit dem Omnibus nach Rokittnitz befördert. Dort mußten sie wiederum zwei volle Stunden warten. Alsdann erschien ein Omnibus aus Beuthen, um die Wartenden, die von 7 Uhr früh unterwegs waren, weder gefrühstückt hatten, noch einen Pfennig Geld besaßen, nach der Arbeitsstelle zu befördern. Man transportierte die Arbeitslosen also schlimmer wie die Gefangenen, die bei solchen Fahrten wenigstens Wegzehrung erhalten. Auch die Polizeiaufsicht fehlte nicht. Im Wagen saß ein Polizeibeamter, der mit der Ueberwachung der Erwerbslosen beauftragt war. Endlich am Ziel in Broslawitz angelangt, wurden den Arbeitslosen elende Baracken, die von Ungeziefer wimmelten, als Unterkunftsräume angewiesen. (Unternehmerin an dieser Arbeitsstelle ist die Firma Silber aus Hindenburg.) Als die Arbeitslosen sich über den Zustand der Baracken beschwerten, erklärte ihnen der Schachtmeister: „Ihr kommt her zur Arbeit und nicht zur Besichtigung der Baracken." Dann erschien der Oberinspektor der Firma, der die Erwerbslosen unverschämt provozierte und ihnen zurief: „Wenn in den Baracken Wanzen sind, so habt ihr Schweine sie hierher gebracht." Bei der weiteren Auseinandersetzung erschienen ein Schupobeamter sowie ein Landjäger, um gegen die Erwerbslosen vorzugehen. Infolge der Disziplin der Arbeitslosen hatten die beiden Staatsstützen aber keine Gelegenheit, von ihren Gummiknüppeln Gebrauch zu machen. Doch wurde ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses, das sich an Ort und Stelle von den Mißständen überzeugte, von der Arbeitsstelle verwiesen. Seine Personalien wurden von der Polizei festgestellt. Zur Vervollständigung der Charakterisierung dieser Arbeitsstelle, die den Erwerbslosen zugemutet wurde, sei noch hinzugefügt, daß der Kantinenverwalter zwar zugab, daß Ungeziefer in der Baracke vorhanden sei, jedoch meinte er, es seien keine Wanzen vorhanden. Als ob es besser wäre, wenn die abgemagerten Körper der Erwerbslosen statt von Wanzen von Flöhen und Läusen zerfressen würden. Verpflegung sollten die Erwerbslosen erst erhalten, wenn sie einen Tag Arbeit geleistet hätten. Man mutete ihnen, die vollkommen unvorbereitet verschickt wurden, also zu, zwei volle Tage ohne Nahrung zu sein. Mit Recht haben die Erwerbslosen diese schändlichen Arbeitsbedingungen abgelehnt.

Wir protestieren auf das schärfste gegen diese schikanöse Behandlung der Erwerbslosen und verlangen sofortige Abhilfe. Den Herren im Arbeitsnachweis Hindenburg muß endlich einmal klar gemacht werden, daß die Erwerbslosen keine Sklaven sind, die sich willenlos in jedes elende Kaff verschicken und in einer versauten Baracke wie die Tiere zusammenpferchen lassen.

Beuthen

Wie die Kirchensteuerbehörden Geld eintreiben. Ein Arbeiter schreibt uns: Die Steuerkasse treibt zwangsweise Kirchensteuern ein von Konfessionslosen durch Lohnabzug vom pfändungsfreien Arbeitsverdienst. Mein Gesamtverdienst als Facharbeiter betrug im Februar 160 Mark. Dieser Betrag ist pfändungsfrei. Davon Reinverdienst 123 Mark. Trotzdem wurden mir Kirchensteuern für 1927 abgezogen. Als ich in der Steuerkasse die Steuer zurückforderte, wurde sie mir auch zurückgezahlt, die Zwangsvollstreckungsgebühren jedoch wurden einbehalten. Auch von Invaliden wird die Steuer auf raffinierte Weise zu erpressen versucht, indem man sich unwissend stellt, und anstatt Invalide wird Häuer adressiert.

Oppeln

Der Streik in Königshuld geht weiter

Das hat sich die Ausbeutergesellschaft in Königshuld nicht träumen lassen. Die Proleten, die seit 1923 mit unglaublicher Geduld für elenden Hungerlohn jahrelang geschuftet haben, sie hängten plötzlich die Geduld an den Nagel und traten zum Erstaunen ihrer Ausbeuter am 29. März in den Streik. Dem Ausstand voran ging ein Schiedsspruch, der ihnen nur sehr geringfügige Lohnerhöhungen brachte, trotzdem aber von den Arbeitern, die meist auf dem Lande leben, sehr bescheiden sind und geringe Bedürfnisse haben, angenommen wurde. Die Verwaltung dagegen lehnte den Schiedsspruch ab. Sie rechnete nicht damit, daß die Proleten, mit denen sie so lange Schindluder getrieben hatten, sich so geschlossen zur Gegenwehr aufraffen würden. Angesichts der Aktivität und des einmütigen Kampfwillens der Arbeiter wurden sogar die reformistischen Führer gezwungen, den Streik zu führen. Bisher hat die nur zu 60—70 Prozent organisierte Belegschaft sich wacker geschlagen. Nur zwei Streikbrecher meldeten sich. Die Front der Arbeiter ist geschlossen, und kein Prolet denkt daran, unter den zugemuteten schmählichen Bedingungen wieder zu arbeiten. Nun holen die Ausbeuter zum Gegenschlag aus und wollen, wie uns mitgeteilt wird, die Stillegung des Werkes beantragen. Ob es sich um eine leere Drohung handelt, oder ob es diesem Werk, das mit Staatszuschüssen arbeitet, mit der Drohung ernst ist, wird die Proleten nicht daran hindern, weiterzukämpfen. Die Lage für den Kampf ist durchaus günstig, da zurzeit eine gute Konjunktur herrscht und große Aufträge, welche die Firma in letzter Zeit erhalten hat, nicht ausgeführt werden können. Darum, Proleten, ausgeharrt, der Sieg wird euer sein!

Das Landesarbeitsamt gegen die Notstandsarbeiter

Große Empörung herrscht unter den Notstandsarbeitern. Die unter kommunaler Regie bei Notstandsarbeiten Beschäftigten erhalten ab 1. April nicht mehr die sozialen Zuschläge zu ihrem schlechten Lohn. Der Grund hierfür ist ein einstimmiger Beschluß des Landesarbeitsamtes, das diese Löhne als zu gut verbietet. Die im Landesarbeitsamt vertretenen Sozialdemokraten, deren Partei das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz zur schamlosen Niederknechtung der Arbeitslosen mit durchdrückte, stimmte also mit. Das Landesarbeitsamt begründet die Maßnahmen u. a. damit, daß die Notstandsarbeiten reizlos sein müssen, also schlecht, damit die Notstandsarbeiter sich so schnell wie möglich nach anderer Arbeit umsehen. Welch eine elende Demagogie, welch ein Hohn für die Arbeitslosen. Diese Gesellschaft weiß es ganz gut, daß im Zeichen der Rationalisierung Hunderttausende vollständig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. Ihre Pläne zielen darauf hinaus, daß die Arbeitslosen für jeden Hungerlohn als Lohndrücker oder gar Streikbrecher gehen sollen.

Notstandsarbeiten sind der herrschenden Klasse ein willkommenes Mittel im Kampf gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die schlechtesten Arbeiten auf dem Markt, bei gewiß nicht unerheblichen Profiten für das Unternehmertum, sie werden mit dem armselig klingenden Namen „Notstand" belegt.

Und die Landesarbeitsämter scheuen sich nicht, die schändlichen Arbeitsbedingungen der Notstandsarbeiter zu verschlechtern. Jetzt sehen die Arbeiter, was ihnen das famose, von der SPD. als Fortschritt gepriesene Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung bringt.

Sozialdemokraten stellen sich schützend vor diesen kapitalistischen Staat, trösten die Arbeiterschaft immer, wählt besser, dann habt ihr es anders. Besser. Schwindel ist das, wenn man sich diese offensichtliche Frage des Arbeitslosenproblems nur ansieht. Arbeiter, Arbeitslose, die Trugschlüsse, die ihr bis jetzt, im 10. Jahre der Republik, gezogen habt, müssen euch die letzten Fasern der Binde von den Augen reißen. Die Wahlen im Jahre des Heils 1928 sollen euch nicht mehr Uebertölpelung sein. Mit der KPD., laßt euch diese als Sprungbrett sein, zur endgültigen Vernichtung der jetzt herrschenden Clique, ohne Kompromisse, dem Beispiel unserer russischen Brüder folgend.

Der Herr zweite Direktor der Autobusverkehrsgesellschaft. Der Herr Geschäftsführer der Autobusverkehrsgesellschaft Milde, der sich zu gern Herr Direktor titulieren läßt, verlangt von dem Personal strengste Pflichterfüllung, ohne diese hohen Anforderungen an sich selbst zu stellen. Für einen Schnaps läßt er, ohne daß es zulässig ist, eine Haltestelle außer den bestehenden einlegen. Vor einiger Zeit saß er, wie das sehr häufig vorkommt, mit einigen seiner zahlreichen Zechkomplizen bei Dirschka am Ringe und ließ sich die Zeit nicht lang werden. Die Saufkumpane von ihm wollten in der Richtung Karbischau mit dem Autobus fahren und kamen natürlich zu spät, da der Autobus, wie vorgeschrieben, pünktlich abgefahren war. Herr Milde, nie verlegen, empfahl den beiden Freunden, sich auf Kosten der Gesellschaft eine Autotaxe zu nehmen, da der Schaffner und Fahrer von dem entsprechenden Auto zur Schadenersatzleistung herangezogen werden sollen. Daraus ist allerdings nichts geworden, denn selbst Herr Milde hat sich das am anderen Tage anders überlegt, und wir wissen bis heute noch nicht, wer eigentlich die 15 Mark für die Autotaxe bezahlt hat.

15 Prozent Dividende aus den Zementarbeitern geschunden. Von ihren „Schwierigkeiten" machte die Zementindustrie in letzter Zeit ein großes Geplärre. Immer und immer wieder jammerten die Zementbarone darüber, daß in ihren Betrieben die Proleten noch nicht zu hundert Prozent ausgemergelt werden und ihr Profit darunter leidet. Der Schwindel kommt jetzt offen zum Vorschein. Die Vereinigten Portland-Zement- und Kalkwerke-A.-G., Schimischow, Silesia und Frauendorf, wollen für das Geschäftsjahr 1927 eine Dividende von 15 Prozent, gegen 12 Prozent im Vorjahre, in Vorschlag bringen. Die Proleten haben also den Profit zur vollsten Zufriedenheit herausgeschuftet. Wieviel Prozent erhalten die Arbeiter?

ASB. Am Freitag, dem 13. April, um 20 Uhr, findet im Schützenhause die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Samariterbundes statt. Um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten.

Eine Sumpfpflanze. Im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mußte plötzlich dem Unterkassierer Panja aus dem E.-W. sein Amt abgenommen werden. Dauernde Unstimmigkeiten zwangen die Organisation dazu. Obwohl der damalige oppositionelle Vorsitzende, der dem P. schon berechtigtes Mißtrauen entgegenbrachte, warnte, nahm die Organisation keine Notiz. Warum? Man hat P. noch zur Generalversammlung gegen den oppositionellen, ehrlichen Vorstand gebraucht. Die Früchte zeigen sich jetzt in einer nicht unerheblichen Unterschlagung. Solche Leute werden aber von den Reformisten gegen die Opposition in den Gewerkschaften gestützt.

Achtung Gemeindearbeiter! Freitag nachmittag 4 Uhr findet bei Siwinna eine wichtige Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!

Neustadt. Kommunistenhetze statt Gewerkschaftsarbeit. Am 3. d. M. fand im Volkshaus eine Textilarbeiterversammlung statt. Leider waren von 700 Mitgliedern nur 100 erschienen. Der Referent, Kollege Gauleiter Fritsch-Liegnitz erachtete es für seine Aufgabe, gegen die Kommunisten zu hetzen, statt den Arbeitern zu sagen, was sie jetzt tun müßten, um endlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. In der Diskussion sprach unser Genosse Brix, der den Schlichtungsschwindel und die Niederlagenstrategie kennzeichnete. Als er den Reformisten eine Reihe unangenehmer Tatsachen vor Augen führte, wurde ihm gesagt, er solle sich später zu Wort melden. Als er sich dann wieder melden wollte, wurde die Versammlung schnell geschlossen. Die Versammelten waren mit der Hetze gegen die KPD. und die Sowjetunion durchaus nicht einverstanden, und Fritsche mußte viele Zwischenrufe einstecken. Bekanntgegeben wurde, daß der Bezirksvorstand Tarifverhandlungen eingeleitet und eine Forderung von 12 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde aufgestellt habe, eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

*

Die Kollegen der Opposition sind an den Ortsausschuß des ADGB. mit der Forderung einer gemeinsamen Maidemonstration herangetreten, haben aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Offenbar wollen die Reformisten auch hier keine gemeinsame Maifront.

Briefkasten

Beuthen. Buch-Nummer 2418. Teile uns bitte Deine genaue Adresse in leicht lesbarer Schrift mit!

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Domdrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate [illegible], Breslau.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 7. 4. bis Freitag, den 13. 4. täglich 20 Uhr
„Faust", I. Teil

Sonnabend, den 14. 4. 20 Uhr
Zum ersten Male!
Schwarz und Weiß
von Sacha Guitry

Sonntag, den 15. 4. 15½ Uhr
„Das Kamel geht durch das Nadelöhr"

Sonntag, den 15. 4. 15½ Uhr
Schwarz und Weiß

Montag, 16. 4. 28, 20 Uhr
Schwarz und Weiß

Thalia-Theater

Von Dienstag, d. 10. 4. bis Freitag, d. 13. 4. täglich 20 Uhr
Candidor

Sonnabend, den 14. 4. 20 Uhr
Candidor
von Bernhard Shaw

Sonntag, den 15. 4. 15½ Uhr
„Der Hexer"

Sonntag, den 15. 4. 20 Uhr
Candida

Montag, den 16. 4. 20 Uhr
Hexer

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 86300

Täglich 20 Uhr
Lady X
Musik von George Edwards

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)

Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 17
Josua

Mittwoch, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 17
Lohengrin

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 17
Der verlorene Gulden

Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 17
Figaros Hochzeit

Sonnabend, 20 Uhr
Die glückliche Hand
Einführungsvortrag von Dr. Graf
Anschließend Wiederholung von
Die glückliche Hand
Hierauf
Das Fest des Königs
Tanzspiel nach Musik von Rameau

Sonntag, 20 Uhr
Turandot

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

„Volksfürsorge"

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 17 I., Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Oberwallstr. 14, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59

BARUM

4-Masten-Riesen-Circus

Breslau, Johannisfestplatz, a. d. Jahrhunderthalle. Tel. Ohle 2111

Täglich abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 11. April 1928, 2 Vorstellungen, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr
Nachmittags dasselbe Progr. wie abends.
Kinder zahlen nachmittags halbe Preise

Vorverkauf: Barasch Ring und an den Circuskassen (Ohle 2111)

Die Vorführung der „lebendigen Granate" (Das menschliche Geschoß) findet täglich nach der Abendvorstellung vor dem Circus unentgeltlich statt.

Die Leinertsche Kanone wird täglich mit einem von der hiesigen Ford-Vertret. Autotract, G. m. b. H., Breslau 2, Gartenstraße 89 zur Verfügung gestellten Fordson-Traktor durch die Straßen geführt

Eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges
Neue Kapelle **Original-Los-Orios** Neue Kapelle
Salon-Jazz-Tanz-Kapelle

TRI-ERGON
PHOTO-ELECTRO-RECORD

Wissen Sie schon, daß man

Musik photographieren

kann? Die Musikplatte „Tri-Ergon" ist Klangphotographie, die nach dem vollkommensten Aufnahme-Verfahren der Gegenwart hergestellt wird

Spielen Sie Tri-Ergon-Platten

in jedem besseren Musikgeschäft erhältlich
25-cm-Platte 3.50 30-cm Platte 5.—
Wiederverkäufer belieben Prospekte und Kataloge anzufordern!

TRI-ERGON MUSIK A.-G.

Auslieferungslager für Schlesien und Breslau:

Schweidnitzer Stadtgraben 9

Achten Sie bitte auf unsere Darbietungen im Breslauer Sender

Führer durch die Geschäftswelt

Liegnitz

Max Süßmann
Mittelstraße 11
Herren- u. Knabenbekleidung
80332

Roßfleischerei **Eugen Richter**
Fleisch- und Wurstwaren, Burgstr. 54
80173

Damenputz **Otto Baumgart**
nur Schloßstraße 26
80174

Zigarren, Zigaretten, Tabake
P. Sperling, Breslauer Str. 45
80175

Butterhalle Viktoria
Frauenstr. 19
Billige u. reelle Bezugsquelle für **Molkerei- u. Landbutter, Margarine, div. Käse**
80334

Glas-Hartmann, Mittelstr. 63/64
Glas, Porzellan, Steingut, Emaille
80171

Fahrräder, Kinderwagen, Korbwaren
H. Rudolph, Carthausstr. 14
80176

Berufsbekleidung
J. Schranz, Breslauer Straße 17
80330

B. Zielonkowski
Galanterie- u. Lederwaren, Frauenstr. 28
80333

Herren- und Knabenkonfektion
Herrenartikel
S. Harlam
Ring 46, am Fischmarkt
80414

Möbel **P. Höhne**
Goldberger Str. 74
80331

Bäckerei und Konditorei
Bernhard Hansel, Wilhelmstraße 11
80415

Beerdigungsinstitut „Zum Frieden"
und Sargmagazin, billigste Preise
Breslauer Str. 60, Fernruf 1328
80413

Sämtliche Musikinstrumente für RFB.
Jos. Schwarz, Musikhaus
Synagogenstr. 2. Teilzahlung gestattet
80172

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
H. Bürger, Jauerstr. 17
80336

Weiß-, Wollwaren, Herren-Artikel
70/71 Kaufhaus, Burgstr. 70/71
im 1. Viertel vom Ring links
80169

Max Futter, Ring 9/10
Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren, Putz, Damen-Konfektion Kurzwaren, Strümpfe, Wollwaren
80170

Lauban

Herren- u. Knaben-Bekleidung
Fertig und nach Maß
Streng reell! — Solide Preise!
Weberstr. 28 **Kurt Simon** Weberstr. 28
81062

Kinderwagen Korbwaren / **Max Gottwaldt**, Görlitzer Str. 10
81064

Anton Pilz, Nikolaistraße 23
Mühlenartikel, Hülsenfr., Kolonialwaren
81063

Kotzenau

Zigarrengeschäft Wilhelm Lehmann, Ring 7
80416

Kaufhaus Hermann Krause
erstes u. größtes Spezialgeschäft a. Platze
80417

Bunzlau

A. Grundmann, Grabenbergerstr. 52
Fleisch und Wurstwaren
80418

Sagan

Fritz Skupin, Alter Ring 32
Das führende Haus
für Herren- u. Knabenbekleidung
Spez.: Berufs- u. Arbeiter-Bekleidung
81035

Penzig

Arbeiterbekleidung, Weiß- u. Wollwaren
Paul Siebeneicher, Wilhelmstraße
80395

Genossen! Kauft nur bei unseren Inserenten!

Achtung Geschäftsleute!

Der Führer durch die Geschäftswelt ist abgelaufen. In den nächsten Tagen werden unsere Akquisiteure zwecks Abschluß des neuen Führers vorsprechen.

Sichern Sie sich einen Platz!

Die hohe Auflage, weiteste Verbreitung sowie die Disziplin unserer Leser, nur bei jenen Geschäftsleuten zu kaufen, die bei uns inserieren, sichern Ihnen auch diesmal

einen vollen Erfolg!

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Deutsch-Lissa

Fisch-Spezial-Geschäft **Deutsch-Lissa Elisabethstrasse 1**
Garantiert für frische Fischwaren aller Art
Flußfische, Seefische usw.

Grünberg

Am Mittwoch, dem 11. April
eröffnet die Partei den Wahlkampf mit einer

Großen öffentl. Versammlung

in den „Reichshallen", 19.30 Uhr
Gauleiter Steffen spricht über:
Bürgerblock, Sozialdemokratie und proletarische Diktatur
Werktätige erscheint in Massen!
Freier Eintritt

Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Werbt Freunde
für die

Kalklora
Zahnpasta

Der beste Werber erhält RM 2000.— in bar
Der 2. beste Werber erhält „ 1000.— in bar
Der 3. beste Werber erhält „ 500.— in bar

ferner

7 Preise zu je . . . . . RM 200.— in bar
20 Preise zu je . . . . . „ 50.— in bar
50 Preise zu je . . . . . „ 40.— in bar
1000 Trostpreise.

Jeder kann sich gänzlich kostenlos daran beteiligen.

Der Zweck der Kalklora-Werbung ist, die Kalklora-Zahn- und Mundpflege in diejenigen Kreise hinein zutragen, die unsere Kalklora-Zahnpasta noch nicht kennen und nicht wissen,

daß sie zu den allerbesten Zahnpflegemitteln gehört, obwohl die große Tube nur 80 ₰ und die kleine Tube nur 50 ₰ kostet.

Die Kalklora-Mundpflege kann sich jeder leisten; denn Kalklora ist die Zahnpasta für alle, welche mit dem Groschen rechnen, aber trotzdem das Beste zur Pflege ihrer Zähne haben wollen. Die Reinigungskraft der Kalklora, ihre Milde und pänzliche Unschädlichkeit, ihre wunderbare Pfefferminzerfrischung und ihre Ausgiebigkeit wird von keinem anderen Präparat übertroffen, trotz des billigen Preises.

Probetuben, wissenschaftliche Literatur, Gutachten und Anerkennungsschreiben stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Wer unter seinen Freunden und Bekannten für Kalklora wirbt, wird allseitig Dank und Anerkennung ernten, wegen der Güte des Präparats und wegen der Ersparnis infolge des billigen Preises. Deshalb auf zur Kalklora-Werbung! Es winkt reichlicher Lohn!

Bedingungen: Die Kalklora-Werbung wird in der Weise ausgeführt, daß jeder Werber seine Freunde und Bekannten zur Benutzung der Kalklora-Zahnpasta veranlaßt; er sammelt von allen, die sich eine Kalklora-Tube gekauft haben, die leeren Kartons ein und läßt sie vorher mit der Namensunterschrift jedes Käufers versehen. Letzteres ist notwendig, um Massenaufkäufe auszuschließen, die zu einer ungerechten Preisverteilung führen würden.

Nur wirkliche Werbeleistung soll belohnt werden.

Deshalb dürfen höchstens 10 Kalklora-Kartons die Namensunterschrift des gleichen Käufers tragen. Die Kartons müssen spätestens am 30. Juni 1928 an uns abgesandt werden. Sendungen, die nach dem 30. Juni 1928 bei der Post, Bahn usw. aufgegeben werden, können nicht berücksichtigt werden. Maßgebend ist der amtliche Datumstempel. — Porto oder Fracht wird zurückvergütet, dagegen nicht die Verpackung.

Die Preise werden entsprechend der Anzahl der eingesandten, mit Namensunterschrift versehenen, leeren Kalklora-Kartons verteilt.

Wichtig! 2 leere Kalklora-Kartons der 50 ₰-Packung zählen als 1 leerer Karton der 80 ₰-Packung.

Wer sich an dem Kalklora-Wettbewerb beteiligt, unterwirft sich der Entscheidung der Jury, welche endgültig ist und deren Vorsitz Herr Notar Dr. jur. Wichmann, Hamburg, übernommen hat.

Die Auszahlung der Preise erfolgt bis zum 31. Juli 1928. Die Bekanntgabe der 80 besten Werber in den Tageszeitungen bis zum 10. August 1928.

Kalklora-Fabrik Quelsser & Co.
G. M. B. H. / HAMBURG 19

Die Jungarbeiter marschieren auf

Genosse Thälmann (x) spricht anläßlich des Reichsjugendtages des Kommunistischen Jugendverbandes zu 35 000 Proletariern in Chemnitz

Die Maske herunter!

1921 billigte die SPD. die Amnestierung der Fememörder

„Es wird volle Straffreiheit gewährt den im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ansässigen oder den oberschlesischen Gerichten unterworfenen Personen wegen allen strafbaren Handlungen, die aus Anlaß einer politischen Bewegung begangen oder durch den Nationalitätenkampf veranlaßt wurden."

(Amnestie vom 30. Juni 1921.)

März 1921! In Oberschlesien brodelte es, noch mehr vielleicht an seinen Grenzen. Deutsche und polnische Propagandisten wetteiferten in nationalistischer Verhetzung der Bevölkerung, trieben die politische Erregung auf den Höhepunkt. Oberschlesiens politisches Schicksal stand zur Entscheidung, oder besser, der Besitz der oberschlesischen Bergwerke und Hütten. Denn es ging bei der von der Interalliierten Militärkommission angeordneten Volksabstimmung nicht um die nationale Zugehörigkeit, sondern darum, ob polnisch-französisches oder deutsch-englisches Kapital das oberschlesische Industriegebiet beherrschen sollte. Maßgebend war nicht der oberschlesische Kumpel, sondern die Höhe der investierten Pfunde oder Franken.

„Um die nationale Einheit Deutschlands", „Oberschlesien muß deutsch bleiben!" — täglich konnte man es in fetten Lettern in der gesamten deutschen Presse, vom völkischen Revolverblättchen bis zum rechtssozialistischen „Vorwärts" und in gedämpfter Form in der unabhängigen „Freiheit" lesen.

Am 21. März, morgens 7 Uhr, wurde das Endresultat der Abstimmung vom vorhergehenden Tage bekannt. Große deutsche Mehrheit! Eberts Sekretär ließ das bereitgehaltene Begrüßungstelegramm „An die oberschlesische Bevölkerung" los, an allen republikanischen Fahnenmasten ging die Flagge Schwarz-Rot-Gold empor und in der ganzen Presse ging der Jubelsturm los. Die unabhängige „Freiheit" fühlte sich verpflichtet, einen „Sieg der internationalen Arbeiterbewegung" festzustellen.

Mitten in das Freudenkonzert knallten die Gewehrschüsse auf dem Markt in Beuthen: die polnischen Insurgenten unter Führung Korfantys hatten sich erhoben, die Kugel sollte den Stimmzettel korrigieren. Die irregulären Garden des polnischen Militarismus schickten sich an, das von den polnisch orientierten Kreisen Tarnowitz, Rybnik und Pleß umschlossene Industriegebiet zu besetzen.

In der deutschen Presse sah es wieder aus wie im Jahre 1914. Der „Vorwärts" schäumte über über die „polnischen Mordbrenner" und die „polnische Schmach", wie er einst zur „Verteidigung des bedrängten Vaterlandes" aufgerufen hatte.

Die Regierung der Weimarer Koalition spielte mit dem Gedanken der Einsetzung der Reichwehr. Doch das duldete die Entente nicht. Da trat die Orgesch auf den Plan, die faschistischen Banden der Escherich und Ludendorff. Unter deren Leitung organisierte die Reichsregierung, in der auch sozialdemokratische Minister saßen, die Selbstschutzorganisationen, den „Oberschlesischen Grenzschutz". Wütender denn je tobte die nationalistische Hetze in Oberschlesien. Den Finger am Gewehrabzug standen die faschistischen Selbstschutzorganisationen im nördlichen Odergebiet und die Insurgenten Korfantys im Industriegebiet. Immer drohender ballten sich die Wolken eines neuen Krieges am politischen Horizont.

Da platzte der Generalstreik der oberschlesischen Bergarbeiter los. Das war hüben und drüben das Signal zum Kampf. Am 3. Mai rückten die polnischen Insurgenten mit Unterstützung des französischen Militärs vor, hißten überall die weißroten Fahnen.

In ganz Deutschland entfaltete die Orgesch mit Unterstützung der schwarzrotgoldenen Wirth-Bauer-Regierung eine fieberhafte Werbetätigkeit für den Grenzschutz. Erwerbslose und obdachlose Arbeiter wurden gedungen, um sich für den Profit des deutschen Schwerkapitals zu schlagen. An dieser Werbetätigkeit für die faschistischen Organisationen nahmen sozialdemokratische Führer lebhaften Anteil. So warb z. B. der Sekretär des freigewerkschaftlichen Münchener Holzarbeiter-Verbandes unter den erwerbslosen Holzarbeitern Mitglieder für die Orgesch. Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages bewilligte der bayerischen Orgesch 15 Millionen Mark. Der „linke" Fellisch sang in Dresden vor den faschistischen Orgesch-Brüdern Lobeshymnen auf die „Kulturmission" des Bundes. Unter den Augen des sozialdemokratischen Breslauer Polizeipräsidenten wurden in der Lessing-Turnhalle die Orgesch-Formationen aus den im Reiche Angeworbenen von der sogenannten „Flüchtlingsfürsorge" zusammengestellt. Der Generalstab der Orgesch hatte sich in dem Breslauer Hotel „Kronprinz" einquartiert. **Die schlesischen Reichstagsabgeordneten der SPD. waren zur Organisierung des faschistischen Selbstschutzes in die oberschlesischen Städte abkommandiert.**

Aus Bayern rollten Tag für Tag Eisenbahnzüge mit faschistischen Banden durch Sachsen nach Oberschlesien. Die sozialdemokratische Lipinski-Regierung sah nichts und hörte nichts, ließ die mit dem silbernen Edelweiß dekorierten Oberland-Leute ruhig fahren. Die sächsischen Eisenbahner protestierten, die durchfahrenden Faschisten verprügelten den Hauptbetraebsrat der Dresdener Eisenbahner — Lipinski tat, als sei er Regierungschef auf dem Nordpol.

Die im Reiche angeworbenen Kontingente der Erwerbs- und Obdachlosen standen unter dem Kommando faschistischer Offiziere und wurden vor allem an der Südfront bei Ratibor und an der Nordfront bei Oppeln eingesetzt. Furchtbare Leiden hatten sie zu erdulden. Von Anfang an gefiel sich die faschistische Offizierskamarilla in dem alten Militärdrill. Und während die angeworbenen Selbstschutzleute an der Front verbluteten, trieben sich die Offiziere in den Cafes und Wartesälen 1. Klasse herum. **Faschistische Studenten verprügelten die Arbeiter der Selbstschutzformationen.**

Kein Wunder, daß die „Freiwilligen" scharenweise die Front verließen, entweder nach der Heimat oder zu den Polen hinüber desertierten. Die Unzufriedenheit in den Selbstschutzformationen gab der Feme eine ausgebreitete Betätigungsmöglichkeit. Bei den einzelnen Freikorps waren besondere „Kriminalabteilungen" eingerichtet, sogenannte „Spezialtruppen", die sich ausschließlich der Ermordung verdächtiger Elemente widmeten. Indessen wurden nicht nur Angehörige des Selbstschutzes ermordet, sondern auch verdächtige Einwohner. Unzählige Bluttaten sind von diesen Mordbuben begangen worden. Die Zahl der der Feme zum Opfer gefallenen Selbstschutzleute ist noch nicht festgestellt und wird wohl auch kaum jemals festgestellt werden können. Auch über die Zahl der ermordeten Einwohner ist noch keine umfassende Uebersicht vorhanden. Der völkische Abgeordnete Dr. Frick selbst schätzt die Zahl der Femeurteile auf zirka 2000. Und er muß es schon wissen. **60 Fememorde an Einwohnern sind bisher restlos klargestellt.**

Nach den Enthüllungen, die völkische Führer in den letzten Wochen machten, steht fest, daß sozialdemokratische Führer um die Fememordorganisationen wußten, ja, daß sie selber Befehle zur Beseitigung „verdächtiger" Elemente gaben. So der sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien und der sozialdemokratische Polizeipräsident von Breslau. Bis heute haben weder diese Herren noch die SPD. auf die völkischen Enthüllungen ein Wort der Erwiderung gebracht. Ein Zeichen, daß die Enthüllungen stimmen; denn eine öffentliche Anschuldigung der Beihilfe zum Mord läßt man nicht auf sich sitzen.

Aber bei dieser Duldung der Fememorde blieb es ja nicht. Wir zitieren oben einen Passus aus der Amnestie vom 30. Juni 1921, der die Sozialdemokratie zustimmte. **Damals war die Sozialdemokratie für die Amnestie der oberschlesischen Fememörder.** Das ist eine Tatsache, die durch keinen Schwindel aus der Welt geschafft wird.

Arbeitersportler einstimmig gegen Reichsbannersport

13. Kreistagung der schlesischen und oberschlesischen Arbeitersportler

Der 13. Kreistag des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes fand während der Ostertage in Hirschberg statt. Am Sonntagvormittag wurden die Berichte der einzelnen Kreisfunktionäre entgegengenommen. Die Mitgliederzahl hat sich von 17 761 auf 20 117 erhöht. Genosse Friedrich wies in der Diskussion zu den Berichten auf die Tatsache hin, daß die sozialdemokratische Presse kommentarlos Berichte vom bürgerlichen Sport bringe. Der Vertreter des Bundesvorstandes, Kreutzburg, glaubte diese Feststellung mit einigen Unverschämtheiten gegen die „von Moskau abhängige kommunistische Presse" beantworten zu können. Genosse Paczinski-Oppeln ließ ihn jedoch gehörig abfahren, und selbst das sozialdemokratische Kreisratsmitglied Seewald wies Kreutzburgs Angriffe zurück. Am Schluß der Vormittagsitzung wurden dann die Differenzen zwischen dem Kreisrat und dem Provinzialsportkartell aufgerollt. Der Kreisvertreter Döblitz berichtete, daß der Provinziallkartelleiter Matzke zu einem Kursus, den das Provinzialkartell veranstaltete, drei Bürgerliche als Referenten heranziehen wollte. Außerdem sei Matzke in das Breslauer Reichsbanner gegangen, habe dort über Sport gesprochen, und das Ergebnis sei die Gründung einer Reichsbannersportabteilung in Breslau gewesen. Deren Aufnahme wurde von den Breslauer Vereinsvorständen abgelehnt. Matzke versuchte anschließend seine Stellungnahme zu verteidigen, unter dem Wiedrspruch der Delegiertne erklärte er, „den Vereinen seien hundert Pfennige lieber, als unser ganzer Klassenkampfstandpunkt." In der Diskussion zu diesem Punkt wandten sich die Redner gegen Matzke.

Der Nachmittag brachte die Sitzungen der drei einzelnen Sparten. Um 20 Uhr fand ein Begrüßungsabend statt, wobei Kreutzburg, da er keine Diskussion zu befürchten hatte, von der „Notwendigkeit des Ausbaues der Republik" und ähnlichen Wahlparolen redete. Das Erfreuliche an dem Abend waren die guten Vorführungen der Kreisschule sowie der Hirschberger und Petersdorfer Turner und Turnerinnen.

Die frühen Morgenstunden des Montags waren mit einem Ausflug nach der Bobertalsperre ausgefüllt. Nach 9 Uhr wurde der Kreistag fortgesetzt. Zuerst wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Anwesend waren 146 Delegierte (Turner 103, Turnerinnen 6, Fußballer 17, Wassersportler 20).

gewerkschaftlich organisiert waren 122, der SPD. gehörten 78, der KPD. 7 an (einige Genossen konnten infolge Buchkontrolle ihren Parteiausweis nicht vorlegen, so daß die tatsächliche Zahl der kommunistischen Delegierten höher war. Aus der Kirche ausgetreten waren 78. Von 330 dem Kreis angeschlossenen Vereinen waren nur 112 vertreten. Anschließend wurde das Ergebnis der in den Sportenstützungen vorgenommenen Wahlen zum Bundestag bekanntgegeben. Es sind gewählt: Elsner-Liegnitz (Wassersportler), Neugebauer-Breslau, Conrad-Görlitz (Fußballer, Gebel-Breslau, Wehner, 4. Bezirk, Gerlas, 8. Bezirk, sowie Rausch-Oppeln (Turner), Lorenz-Görlitz (Turnerinnen). Die Abstimmung der zum ersten Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge ergab die Annahme der vorgeschlagenen Beitragserhöhung, während sich an der Abstimmung über das neue Kreistagsdelegiertensystem nur ungefähr ein Viertel der Delegierten beteiligte. Dann hielt Kreutzburg sein Referat über den Bundestag, Neben Bundesschule, Beitragsangelegenheiten, Statuten, Bundespresse und Bundesfest ging er auch auf die politischen Fragen ein, die auf dem Bundestag zur Debatte stehen werden. Er machte sich deren Behandlung sehr leicht. Aus einer Notiz in der Metallarbeiterjugend-Zeitung, die eine gewerkschaftliche (!) Angelegenheit betrifft, will er die kommunistische Fraktionsarbeit in den Sportorganisationen (!) beweisen. Im übrigen bemühte er sich, gewitzigt durch die Niederlage vom ersten Verhandlungstage, um die Frage herumzureden. Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte Genosse Friedrich-Breslau folgende Dringlichkeitsanträge eingebracht:

„Der 13. Kreistag des 14. Kreises, der am 8. und 9. April in Hirschberg stattfindet, stellt an den Bundestag folgenden Antrag: Die sportlichen Beziehungen zu Rußland sind unverzüglich wiederanzuknüpfen. Die Teilnahme an der Spartakiade 1928 in Moskau ist von Bundeswegen zu organisieren. Zu den Wettkämpfen sind Bundesmannschaften zu stellen.“

„Der 13. Kreistag des 14. Kreises vom 8. und 9. April in Hirschberg beantragt: Bundesmitglieder über 14 Jahre müssen politisch und gewerkschaftlich organisiert sein. Der Kreistag verurteilt den Beschluß der Kreisvertreterkonferenz nach dem Hamburger Bundestag, welcher obigen Antrag aufhob. Die höchste Instanz des Bundes ist der Bundestag. Beschlüsse dieses Parlaments können nicht durch eine Kreisvertreterkonferenz aufgehoben werden.“

Gegen die Behandlung des ersten Antrages erhob Seewald Protest, indem er erklärte, sein Schicksal sei damit gegeben, daß 78 sozialdemokratische Delegierte 7 kommunistischen gegenüberstehen (womit er also zugab, daß für die sozialdemokratischen Delegierten Bundesfragen Parteifragen sind und ihre Stellungnahme von dem Entscheiden ihrer Partei abhängt). In der Abstimmung waren 25 Delegierte für sofortige Beratung, die übrigen dagegen oder enthielten sich der Stimme.

In der Diskussion über das Referat Kreutzburgs ging der Kreisfußballeiter Conradt auf die Spartenfrage ein. Er glaubte, daß durch den bevorstehenden Ausschluß zweier führender Funktionäre der Arbeiter-Fußballbewegung die Möglichkeit einer Abspliitterung eines Arbeiter-Fußballbundes besteht.

Genosse Paczinsky-Oppeln protestierte gegen die Ablehnung des Antrages über die Zusammenarbeit der deutschen mit den russischen Arbeitersportlern. Seewald habe durch seine Begründung die Konferenz beeinflußt. Bei einer sachlichen Diskussion wäre das Abstimmungsergebnis ein ganz anderes gewesen. Zu dem Referat von Kreutzburg erklärte er, daß dieser Momente in die Diskussion geworfen habe, die nicht nachkontrollierbar sind. Beide Sportinternationalen müßten sich einigen. Die Ablehnung eines Antrages wie des vorliegenden beweise, daß von einer bestimmten Seite die Einheit überhaupt nicht gewollt werde. Die russischen Sportler bemühen sich mit dem gesamten russischen Proletariat, den Sozialismus in Rußland aufzubauen. (Lachen bei der SPD.-Fraktion.) Euer Lachen ist ein Verbrechen. Rußland hat schwere Zeiten hinter sich und kann nur schrittweise seinen Aufbau vollenden. Dies auf die Dauer zu verkennen, ist unmöglich. Es wird die Zeit kommen, da die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse erkennen wird, daß Rußland den Marxismus in die Tat umsetzt und den Sozialismus aufbaut. (Beifall.)

Kreisleiter Döblitz ging mit den von ihm in jeder Versammlung vorgebrachten Argumenten, wie „Rußland mischt sich in deutsche Verhältnisse“ ein usw., hausieren. Aber selbst er mußte zugeben, daß die Entwicklung des Bundes nach rechts geht. Der Bund beabsichtigt, sich an den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände anzuschließen, d. h. mit Bismarckbündlern und ähnlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Zum Schluß behauptete er, daß, wenn die Opposition einmal zur Macht kommen würde, sie nicht so „loyal“ wäre wie er. Dies sehe man dort, wo die Opposition bereits gesiegt hat. (Allerdings sagte er nicht, in welch skrupelloser, organisationsschädigender Weise in jenen Kreisen von den sozialdemokratischen Fraktionen gegen die kommunistischen Leitungen gearbeitet wird).

Tiegel-Breslau war selbstverständlich auch gegen Rußland und bewies durch die Art seines Auftretens auf dem Kreistag von neuem, daß er ein nicht ernst zu nehmender Schwätzer ist.

Genosse Rausch-Oppeln wandte sich gegen die Hetze gegen die Opposition. In wirkungsvoller Weise ging er auf eine Reihe prinzipieller Fragen ein und betonte, daß den Kommunisten die sozialdemokratischen Arbeiter immer die nächsten sind. Bei manchen Sozialdemokraten ist aber die Einstellung gegenüber den Kommunisten gerade umgekehrt. Ihnen sind Bürgerliche viel lieber. Daß mit diesen Leuten, die sich in hohen Staatsstellungen befinden, und bei denen durch hohe Gehälter die Frage der Sozialisierung bereits gelöst ist (Zustimmung) die Kommunisten sich nicht befreunden können, wird kein Arbeiter übelnehmen.

Genosse Friedrich-Breslau erklärte, daß die Begründung der Ablehnung lächerlich war. Bei dem Abbruch der Beziehungen zu Rußland ist die große Masse der Mitglieder nicht gefragt worden, sondern ein Fünfundzwanzig-Männer-Kollegium hat diese Frage entschieden. Man müsse nach Rußland fahren, da man dort in jeder Beziehung viel lernen kann.

Da die sachlichen und überzeugenden Darlegungen der oppositionellen Redner auf immer größere Teile des Kreistages Eindruck machten, lief der programmäßige Debattenschlußantrag ein, der angenommen wurde. Kreutzburg hielt dann das Schlußwort und versuchte zu retten, was noch zu retten war. Zur allgemeinen Ueberraschung schloß er dann seine Rede mit einem Loblied auf die russische Revolution und erklärte, der Sowjetstaat dürfe nicht verschwinden!

Die Abstimmung über die Anträge ergab Annahme des Antrages, daß der Bundestag alle zwei Jahre stattfinden soll und weiterhin die Annahme des Antrages des Genossen Friedrich über die politische Zugehörigkeit der Bundesmitglieder. Außerdem wurde folgender wichtiger Antrag einstimmig angenommen:

„Reichsbannersportabteilungen sind in dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund nicht aufzunehmen. Die Arbeitersportbewegung wird in der Reichsbannerpresse mit der bürgerlichen Sportbewegung zusammen der Kanonenzüchterei beschuldigt und der Reichsbannersport als alleiniger Volkssport hingestellt. Die Aufnahme der Reichsbannersportabteilungen würde zu einer Spaltung des Bundes führen. Der Bundesvorstand möge doch dahin wirken, daß unsere Bundesmitglieder in Reichsbannersportabteilungen herausgezogen und zur Aktivität für unseren Bund gewonnen werden. Eine Unterstützung der Reichsbannersportabteilungen bedeutet eine Schwächung für unseren Bund.“

Nach Erledigung dieser Punkte kamen eine Reihe kleinerer Angelegenheiten zur Besprechung. Angenommen wurde der Antrag, die dem Kreis zur Verfügung stehenden Beihilfen prozentual an die Sparten zu verteilen, sowie Kreistag und Kreisfest 1930 in Breslau stattfinden zu lassen. Kreisjugendpfleger Grosser wies noch auf das Kreisjugendtreffen zu Pfingsten hin. Kreutzburg hielt dann die Schlußrede. Der Kreistag soll ihm in seiner Lebendigkeit angeblich gut gefallen haben. Nur wünschte er von „seinen Genossen“, daß sie ebenso lebendig werden, die die „anderen“. (Damit meinte er die oppositionellen Delegierten.) Der Gesang der Internationale schloß die Tagung.

Aus aller Welt

500 chinesische Bergarbeiter umgekommen?

TU. London, 10. April. — Nach Meldungen aus Mukden sind in der Fushun-Kohlengrube 500 chinesische Bergarbeiter infolge eines Dammbruches ertrunken.

Wieder ein Pagenmord in Berlin. TU. Berlin, 10. April. — Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ wurde am Ostersonntag die Leiche des 19jährigen Berliner Hotelpagen Karl Kotlewski, der seit dem 21. Januar vermißt war, an derselben Stelle am Havelufer von Geltow aufgefunden, wo seinerzeit die Leiche des Pagen Gerhard Schnapel entdeckt worden war. Man nimmt wieder einen Mord an.

13 Kinder aus Todesgefahr gerettet. Am Ostertage bestiegen dreizehn Schulkinder den Gipfel des Areskutan, eines der höchsten Berge Nordschwedens, als sie in der Dunkelheit von einem Schneesturm überrascht wurden, der ihnen die Rückkehr unmöglich machte. In dem nahegelegenen Hotel von Are (Jämtland) wurden die Osterfestlichkeiten abgebrochen, als die Nachricht von der den Kindern drohenden Gefahr eintraf. Einer Abordnung von Artilleristen gelang es nach vielen Mühen, sämtliche Kinder außer Lebensgefahr zu bringen.

Die werktätige Frau

Frauen im Wahlkampf!

Die Parlamentswahlen stehen bevor. Alle Parteien werben um die Stimmen der Werktätigen, nicht zuletzt um die der Frauen. In allen Tonarten wird dem weiblichen Proletariat erklärt, daß es nur darauf ankomme, den richtigen Stimmzettel in die Urne zu werfen, alles andere besorgen dann schon die „Volksvertreter“. Auch die Sozialdemokratie preist statt außerparlamentarische Aktion, statt entschiedenen Kampf im Betrieb um Lohn und Brot, statt den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft — die Arbeit im bürgerlichen Parlament an.

Die Kommunistische Partei aber weiß, daß auf parlamentarischem Wege die Befreiung der Arbeiterklasse nicht erreicht werden kann, sondern nur auf dem Wege des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht. Nur unter der Diktatur des Proletariats wird die werktätige Klasse endgültig von dem Joch des Kapitalismus befreit sein. Trotzdem beteiligt sich auch die Kommunistische Partei an der Wahl. Sie fordert alle Werktätigen auf, durch Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels den Willen zum Ausdruck zu bringen, daß sie gewillt sind, den Weg des Klassenkampfes zu gehen.

Deshalb, ihr werktätigen Frauen, zeigt den bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD., was ihr von den Parlamenten haltet!

Parteigenossinnen, RFMB.-Kameradinnen! [redacted] Sammelt für den Wahlfonds der Kommunistischen Partei!

Laßt euch nicht als Stimmvieh benutzen, um einigen sogenannten „Volksvertretern“ in den Ministersessel zu verhelfen. Tretet bei der kommenden Wahl am 29. Mai auf die Seite der Kommunistischen Partei!

Parteigenossinnen und RFMB.-Kameradinnen, helft mit allen Kräften der KPD. bei der Wahlarbeit! Sammelt für den Wahlfonds der Kommunistischen Partei, die ja nur auf die Hilfe der werktätigen Masse angewiesen ist! Werbt und agitiert schon jetzt bei jeder Gelegenheit, sei es im Betrieb, beim Kaufmann oder auf der Straße unter den werktätigen Frauen! Zeigt ihnen den Weg, den sie zu gehen haben!

Wie geht's den Verkäuferinnen?

Eine Angestellte schreibt uns: Täglich gehe ich durch das große Tor: Eingang nur für Personal. Häufig wird die Garderobe abgelegt. Außer Frühstück und Geldbörse darf nichts in die Verkaufsräume des großen Warenhauses genommen werden. Wer etwa schwarzen Kaffee in der Thermosflasche mitbringt, muß abends beim Verlassen des Hauses die leere Flasche vorzeigen — Maßnahmen gegen Diebstähle!

Es ist eine allgemeine Vorschrift für das Personal des Warenhauses, in nichts auffallend zu sein, die Kleidung wird einfach dunkel, blau oder schwarz verlangt. Einkäufe für uns dürfen nur zu bestimmten Stunden geschehen.

Das dauernde Stehen oder Laufen strengt mich sehr an. Selbst für die kurzen Pausen gibt es keine Sitzgelegenheit! Wir Verkäuferinnen sind schon froh, wenn wir in einer Abteilung arbeiten, wo gleichmäßige Temperatur bleibt. In der Nähe der Türen zieht es so furchtbar, daß alle Mädels an Rheumatismus leiden!

Die Monate Dezember und Januar bringen uns besonders schwere Schufterei. Vor Weihnachten und zur Zeit der Ausverkäufe kommen wir keinen Abend vor 9 Uhr aus dem steinernen Kasten heraus. Wenn bis 9 Uhr abends Verkaufszeit ist, wird es regelmäßig 10 Uhr abends. Und die offenen Sonntage! An den Feiertagen war ich hundemüde. Das Gehalt und die Prozente stehen in keinem Verhältnis zu der aufreibenden Tätigkeit.

Die gewerkschaftliche Organisierung der Angestellten ist trostlos. Die Mädels haben alle kein Vertrauen mehr zum Zentralverband der Angestellten. Es hält schwer, einige Kolleginnen von der Notwendigkeit, in die Gewerkschaft einzutreten, zu überzeugen. Aber ich will doch nicht ablassen von meinem Bemühen. Wenn wir gut aufpassen, muß doch der Verband einige Verbesserungen für uns Warenhausangestellte erkämpfen.

Sollen Frauen Zentrum wählen?

Es ist eine statistisch erwiesene Tatsache, daß das Zentrum von mehr Frauen als von Männern gewählt wird. Diese Tatsache ist um so auffallender, als keine Partei von jeher so stark die Frauen zurückgesetzt hat wie gerade die Zentrumspartei.

Schon kirchlicherseits erscheint das Weib, um mit der Sprache des Priesters zu reden, als „das Gefäß der Sünde“. Durch die Jahrhunderte hindurch ist systematisch eine Ideologie in die Massen gepflanzt worden, die das Weib darstellt als dasjenige Wesen, das die „Sünde in die Welt gebracht“ hat. Immer war die Frau für die Kirche, im Vergleich zum Mann, ein minderwertiges Geschöpf. Immer hat sich der Klerus berufen auf die sogenannte Heilige Schrift, in der es heißt:

„Die Frauen sollen in der Versammlung schweigen, denn es ist ihnen nicht zugestanden, zu reden. Sie sollen sich vielmehr unterordnen, wie auch das Gesetz es lehrt. Wenn sie aber etwas wissen wollen, sollen sie ihre eigenen Männer fragen, denn es schickt sich nicht für eine Frau, in der Gemeindeversammlung zu sprechen.“

Diesen Bibelspruch hat die Zentrumspartei getreulich in der politischen Praxis befolgt. Sie hat bis unmittelbar zum Jahre 1918 das Frauenwahlrecht auf das heftigste bekämpft. Diese Feindschaft gegenüber dem Frauenwahlrecht hinderte das Zentrum jedoch nicht, es für sich demagogisch auszunutzen, von dem Augenblick ab, wo der Novembersturm des Jahres 1918 auch den Frauen das Wahlrecht brachte.

Aber auch in der parlamentarischen Praxis hat die Zentrumspartei sich seit Jahr und Tag darin geübt, jede Erweiterung der Frauenrechte zu bekämpfen. Das Zentrum hat stets jede Erleichterung der Ehescheidung verhindert. Selbst wenn die Ehe vollkommen zerrüttet ist, selbst wenn in der Familie sich Mord und Totschlag ereigneten, selbst wenn verzweifelte Frauen zum Gashahn griffen, das Zentrum blieb dabei: Jede Ehe ist unauflöslich.

Schlimmer noch in ihren Folgen ist die Einstellung der Zentrumspartei zur Versorgung von Mutter und Kind. Die uneheliche Mutter wird besonders von den frommen Zentrumsleuten in jeder Weise infamiert und rücksichtslos dem Elend preisgegeben. Wiederholte kommunistische Anträge, endlich etwas Ernsthaftes für die Unterstützung von Mutter und Kind zu tun, sind vom Zentrum regelmäßig abgelehnt worden. Die erwerbstätige Frau kann es dem Zentrum verdanken, wenn auch für sie die Mutterschutzbestimmungen völlig unzulänglich sind. So sind z. B. auf die besondere Anregung der Zentrumspartei aus dem Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft die Hunderttausende von Landarbeiterinnen herausgenommen worden und sind schutzlos den Großagrariern ausgeliefert.

Wenn das allgemeine Elend, wenn jammervolle Löhne der Männer, wenn die unmenschliche Wohnungsnot proletarische Frauen zwingen, sich gegen den Buchstaben des Paragraphen 218 auch nur im geringsten zu vergehen, dann schreit am lautesten die Zentrumspartei nach dem Staatsanwalt. Der katholische Pfarrer und Zentrumsabgeordnete Ulitzka aus Oberschlesien ist es gewesen, der im Reichstag im Namen der Zentrumspartei die Beibehaltung der Zuchthausstrafe für Vergehen gegen den Paragraphen 218 forderte.

Nirgends ist die Zentrumspartei für die Interessen der werktätigen Frauen eingetreten. Deshalb darf sie auch keine Stimme von den werktätigen Frauen erhalten.

Frauenrechte und Mutterwürde, sie können den proletarischen Frauen nur gegeben werden durch das siegreiche Proletariat. Es ist die Kommunistische Partei, die das Proletariat zum Siege führen wird, darum jede proletarische Frauenstimme der KPD.!

Schandparagraphen 218—219

Eine Schwangere, die ihre Frucht vorsätzlich abtreibt, wird mit Zuchthaus bestraft usw.

— — — — — — — — — —

Die gesetzliche Gewalt droht jedem mit Gefängnis und Zuchthaus, der es wagt, das Proletariat „aufzuwiegeln“. — — — — —

Uebersetzen wir aber obengenannte Paragraphen-Bestimmung in unsere Proletensprache, so hieße es dasselbe wie — — — —

Du mußt jede Mutterschaft anerkennen und austragen.

Du mußt dein Kind von 12, 13 oder 14 Jahren als Selbst-noch-Kind Mutter werden lassen.

Du mußt es mit ansehen als uneheliche Mutter, wie man dein Kind umherstößt — es überall beschimpft.

Die Gekrönte — wird Gehetzte — Gestoßene — Geschlagene.

Ist sie stark — bringt sie den Mut auf, gegen diese verseuchte Gesellschaftsmoral zu kämpfen — wird sie es überwinden. — Meistens ist ein Kampferlahmen gleichbedeutend mit frühzeitigem Tod.

Um aber den proletarischen Vätern und Müttern das Los einer ungewollten Kinderzahl erträglicher zu machen, spendiert unser Wohlfahrtsminister 200 (zweihundert) Reichsmark und eine Ehrentasse zur Erbauung — und Besänftigung erregter Gemüter.

Die Ehrentasse beim 12. Kind wird ewige Anklage gegen die Spender.

Die 200 Mark sind schnell von hungrigen Kindermäulern in ihre Relativität umgewandelt (Hunger). Was dann?

Hierüber schweigt Gesetz — und Wohlfahrtsminister. Antwort hierauf gibt uns das Leben selbst.

Brot — Not — Tod.

Paragraph 218/219, wie bist du in Wirklichkeit? Den Menschen — ungleich machend, sie bis zur Verzweiflung treibend, zerstümmelst du ihre Leiber, zeichnest du Körper und Geist.

Die Mutterschaft zum Gebärapparat verfaulter — verluderter Bürokraten-Hirne machend, zerstörst du menschliches Glück — zertrampelst du junge Liebe.

Den Proleten bist du, Paragraph 218, zum Peiniger — zum Schreck geworden.

Satten vollgefressenen Spießern und Staatsanwälten schaffst du Abwechslung im geisttötenden Dasein ihrer Berufe.

Als Anreißer des Staates, des Kapitals zwingst du die Aermsten der Armen zum Gebären und sorgst für die Ueberfüllung von Gefängnissen und Zuchthäusern mit Proletariern — Männern, Weibern und Kindern.

Als Kanonenfutter sorgst du für Unterdrückung der vom Leben und Gesetz Gezeichneten.

Paragraph 218!

Dein Herr — dein Erhalter — steht auf einem Bein, das andere, das gesunde (das Volk, die Masse) versank im Unrat, im Auswurf, deine Bestialität der Unmenschlichkeit.

Paragraph 218!

Dein Herr und Erhalter grinst nur noch aus einem Auge auf seine vielen Opfer.

Das andere, das gesunde, erblindete vor so viel Blutsaugerei am Volkskörper.

Es erblindete nicht vor Scham, sondern an die gesäte, gezüchtete Gemeinheit — Elend und Not — der Armen.

Der Einbeinige, Einäugige wird sterben, er überlebt sich — durch eine Generation mit gesunden Instinkten.

Gesunde Instinkte der breiten Massen würgt den Peiniger — bis er tot — und nicht mehr quälen kann.

Dann aber lebe das Recht auf den eigenen Körper.

Breslau

„Die Trommler"

die Truppe der Roten Revue wird am Sonnabend, dem 14. April zum

Presse-Fest

auftreten. Sichere sich jeder einen Platz und bestelle schon heute die Karte beim Kolporteur

Eintritt 50 Pfg. Tanz frei.

Frau Neumann klagt gegen Exminister Rosen

Bekanntlich ist der Streit um die Erbschaft des ermordeten Professors Rosen noch immer nicht beigelegt. Der Bruder des Ermordeten, der ehemalige Minister Rosen, lehnt eine Auszahlung des Erbanteils an Frau Neumann ab, da er behauptet, sie sei an dem Mord beteiligt. Frau Neumann wollte nun ihr Erbteil einklagen und beantragte zu diesem Zweck Bewilligung des Armenrechtes, das ihr bis jetzt verweigert wurde. Erst in den allerletzten Tagen ist es ihr zugesprochen worden. Der Rechtsanwalt von Frau Neumann hat bereits die Klage gegen Exminister Rosen eingereicht. Dieser wird in dem Prozeß seine Behauptung von der Mordbeteiligung der Frau Neumann beweisen müssen, so daß diese Verhandlung nicht nur die zivilrechtliche Seite des Mordfalles Rosen, sondern auch die Frage der Täterschaft aufrollen wird.

Wohnungselend. Der Arbeiter Max Eckwerth bewohnt Berliner Straße 76 mit Frau und zwei Kindern einen kleinen Raum. Schon seit langem hat er bei dem Wohnungsamt gebeten, ihm doch eine andere Wohnung zu besorgen, aber vergeblich. Da der Ehemann an Krämpfen leidet, muß die Frau oftmals auf dem Erdboden schlafen, weil der beschränkte Raum das Aufstellen von zwei Betten nicht gestattet. Sollte hier wirklich keine Abhilfe möglich sein?

Zu einem Zusammenstoß zwischen einer Radfahrerin und einem Auto kam es am Montagnachmittag auf der Rosenthaler Straße. Die Radfahrerin mußte mit erheblichen Verletzungen in das Allerheiligenhospital gebrachtwerden.

Theater und Kino

Candida von Shaw

r. „Candida" ist ein älteres und auch schwächeres Werk Shaws. Es zeigt deutlicher als die späteren Stücke, daß Shaws übergeistreiche Kritik in bedenkliche Nähe der inneren Rechtfertigung der angeblich von ihm abgelehnten Gesellschaftszustände gerät. Die Fragestellung in „Candida", die sich um die Gegensätze Lebenstüchtigkeit und Genialität bewegt, läßt uns unbefriedigt, weil sie verschroben, individualistisch — übersteigert gestellt ist.

Ernst Hetling gab den Pfarrer mit Zurückhaltung, ebenso Elisabeth Tuerschmann die Candida. Theo Leitner, dessen Fugen die zentrale Figur des Werkes ist, versagte schon rein figürlich, so daß das Publikum bei den ernstesten Stellen lachte. Lily Barnay gab eine entzückend groteske Pfarrers-Stenotypistin und Harry Förster einen typisch englischen Unternehmer.

Zirkus Barum

Auf der Johannesfestwiese geradeüber von der Jahrhunderthalle hat jetzt der Viermastenzirkus Barum seine Zelte aufgeschlagen. Das sehr abwechslungsreiche Eröffnungsprogramm umfaßt 40 Schaunummern, so daß jede Geschmacksrichtung der Freunde der bunten Zirkuskunst befriedigt wird. Besonders zahlreich sind die Tierdressurnummern, für die ein ausgezeichnetes Pferdematerial, aber auch andere Tiere, wie Kamele, Zebus und Elefanten, zur Verfügung stehen. Als besonders sehenswert dürfen noch die Darbietungen der Fakire, der „fliegenden Menschen" am Trapez, die Reitkünste der Tscherkessen und schließlich die Gruppentänze des Barum-Balletts bezeichnet werden. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Direktion des „Zirkus im Tempo der Zeit", wie es auf dem Programm heißt, entschließen würde und den kitschigen Schmarren „Fridericus-Ballett" aus dem Programm strich, weil er als Spekulation auf fragwürdigste Publikumsinstinkte aufgefaßt werden muß. Nach Schluß der Vorstellung läßt sich ein Mann vor dem Zirkuszelt aus einer Kanone schießen, eine Darbietung, die auch den „Zaungästen" sichtbar ist.

Liebich-Theater

Das April-Programm des Liebich-Theaters entspricht diesmal durchaus dem Grundsatz: „Wer vieles bringt..." Die drei Worcesters und die Bonos sind gewandte Akrobaten mit großer Nervenschulung. Gelächter über seine komischen Kontrolleure aus dem Publikum ruft der Zauberkünstler Ackermann hervor, der erstaunliche Unmöglichkeiten mit Vogelkäfigen und Ringen produziert. Ernst Morgan trägt als Humorist am Flügel ein satirisches Kuplet vor, nach dem arm und reich durchaus gleich sein sollen. (Etwa so: Die Reichen fahren nach Ostende, die Armen waschen sich zu Hause die Hände.) Zu erwähnen wir noch die Zimbal-Virtuosin, eine interessante Schimpansen-Dressur, eine amerikanische Burleske und der überlegene Humorist Clermont mit seinem Zirkus. Hochkünstlerisch waren Joannys Handschattenspiele. Ein reichhaltiges Programm, gute saubere Leistung. Wo soll man da zuerst loben? r.

Tauentzien-Theater. „Spione." Nach Metropolis und den Nibelungen bringt der Regisseur Fritz Lang wieder einen Film a la Dr. Mabuse. Ein mit Unwahrscheinlichkeiten überladener Film, alle Register der „Spionieritis" werden spielen gelassen, keine geschlossene Handlung, sondern eine Aneinanderknüpfung unzähliger sensationeller Geschehnisse. Alle Dinge, die in den wüstesten Kriminalromanen vorkommen, sind hier zusammengetragen: Bombenattentate, Gasangriffe, Zugunfälle, Mord, Einbruch, Harakiri, dazwischen noch ein paar Szenen aus dem Fall des Oberst Redl.

Bei dem Ueberfall auf das Bankhaus Haghi scheint Fritz Lang an die Heldentaten der englischen Polizei in der Arcos-Affäre anzuknüpfen und anzubauen, so daß das Ganze etwas nach Bolschewistenhetze aussieht.

Technisch ist der Film bis auf einige Verzerrungen und Uebersteigerungen hervorragend. Den Oberspion spielt Rudolf Klein-Rogge. K. H.

Weltbühne. „Der Piccolo vom goldenen Löwen." Eine lustige Kleinstadtgeschichte. Der Held des Filmes ist ein kleiner, sehr flinker, von allen beiseite geschobener Piccolo, der zum „Herrn" Ober avanciert. Seine ganze Tüchtigkeit zeigt er, als das Hotel mit einem hohen Gast, mit einer „Gräfin", beglückt wird. In die Gräfin, oder besser in ihre hübschen Beine, verlieben sich die sonst sehr sittenstrengen Kleinstädter, und sie veranlaßt diese, ihr 7000 Mark zum Ausbau eines Brunnens, der das Städtchen zum berühmtesten Kurort Europas machen soll, zu geben. Der Piccolo entlarvt die Gräfin als Hochstaplerin und rettet die 7000 Mark. Als er gar noch über Nacht durch eine Erbschaft Millionär wird, ist er der Held des Städtchens. Der Film ist reich an lustigen Szenen. Der Piccolo wird von Gustl Stark, der auf der Bühne sich ebenfalls als guter Artist zeigt, mit viel Humor wiedergegeben. E.

Eden-Theater. „Die letzten Tage von Petersburg." Dieser erfolgreiche Russenfilm läuft gegenwärtig in dem Theater auf der Nikolaistraße. Wir können seinen Besuch nur empfehlen.

Erster Arbeiter-Anglerverein. Mittwoch 19,30 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses Mitgliederversammlung. Bericht vom Bundestag in Berlin.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Mittwoch 20 Uhr Vorstandssitzung (Photoheim). Donnerstag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Werbeabend. 1. Vortrag des Redakteurs Zimmer. 2. Lichtbildervortrag: „Die deutschen Naturfreundehäuser." Jeder bringe Freunde unserer Bewegung mit. — Sonntag Werbefahrt nach der Weidemündung. Abmarsch 7 Uhr von der Endstation der Linie 15 in Oswitz. Auch für diese Fahrt werbt fleißig.

Hennigsdorf. SPD.-Berichterstattung. Vor einigen Tagen fand eine sozialdemokratische Versammlung statt, in der Herr Deutsch aus Oels sehr langweilig sprach. In der Diskussion wollte einer unserer Genossen sprechen, konnte aber nicht, weil der Versammlungsleiter meinte, das erübrige sich und man dem Genossen vorschreiben wollte, über was er sprechen dürfe. Aus dem Nichtsprechen des Genossen hat nun der sozialdemokratische „Volksfreund" eine „Zustimmung der anwesenden Kommunisten zu den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners" gemacht. Wie man sieht, für die „Volksfreund"-Leute ist es schwer, bei der Wahrheit zu bleiben.

Einheitlicher Maiaufmarsch in Breslau zerschlagen!

Ein Briefwechsel, der alles sagt

Sekr. 1895. 11/A. Den 27. März 1928.

An den Ortsvorstand
der Sozialdemokratischen Partei
Breslau.

Werte Genossen!

Da diesmal der 1. Mai 1928 in eine Zeit verschärfter wirtschaftlicher und politischer Kämpfe fällt und die gesamte innen- und außenpolitische Lage die Geschlossenheit des Proletariats zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie erforderlich macht, erachten wir es für unsere Pflicht, uns an Euch zum Zwecke einer gemeinsamen Aussprache über eine einheitliche Maidemonstration der Breslauer Arbeiterschaft zu wenden.

Wir glauben, daß der Beschluß des Gewerkschaftskartells, der eine gemeinsame Feier mit den Kommunisten ablehnt, von großen Teilen der Breslauer Arbeiterschaft nicht akzeptiert wird, zumal durch die Politik der Bourgeoisie dem Proletariat die Notwendigkeit eines einheitlichen und geschlossenen Aufmarsches demonstriert wird. Aus diesem Grunde glauben wir, daß der Beschluß des Gewerkschaftskartells durch die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften auf Grund der Forderungen und Wünsche der Arbeiter eine Revision erfahren muß.

Daß eine geschlossene und einheitliche Maidemonstration zwischen SPD. und KPD. möglich ist, beweist das Chemnitzer Beispiel, wo am 7. März cr. im Organ der KPD. und dem der SPD. folgende Notiz veröffentlicht wurde:

„Den Bemühungen der beteiligten Organisationen ist es gelungen, die Voraussetzungen für eine gemeinschaftliche Maidemonstration des gesamten Proletariats von Chemnitz zu schaffen. Mit Zustimmung der freien Gewerkschaften haben die politischen Parteien die Durchführung der Maidemonstration übernommen. Das vorläufige Maikomitee, das aus Vertretern der SPD. und der KPD. zusammengesetzt war, hat die Richtlinien für die Demonstration aufgestellt. In den nächsten Tagen wird das endgültige Komitee seine Arbeit aufnehmen und die Vorbereitungen für eine wuchtige, eindrucksvolle Maidemonstration treffen. An der Arbeiterschaft liegt es nun, schon jetzt zu rüsten für eine machtvolle Maidemonstration des gesamten Proletariats der Arbeiterstadt Chemnitz."

Wir schlagen Euch deshalb vor, auf der Grundlage der Chemnitzer Vereinbarungen umgehend in eine Aussprache über eine einheitliche Maidemonstration einzutreten und sind der Ansicht, daß bei einigermaßen Verständnis für die Kampfesnotwendigkeit des Proletariats bei entsprechender Stellungnahme der SPD. auch eine Revision des Kartellbeschlusses möglich ist.

Wir erwarten deshalb umgehend Eure Antwort.

Mit proletarischem Gruß
Bezirksleitung Schlesien der KPD., Sekr.

*

Breslau 1, den 29. März 1928.

An die
Kommunistische Partei Deutschlands
z. Hd. des Herrn E. Hausen,
hier,
Feldstraße 50.

Werte Genossen!

Wir bestätigen den Eingang Eures Schreibens vom 27. März cr. und teilen dazu folgendes mit:

Die Vorarbeiten für unsere Maifeier sind bereits abgeschlossen. Es ist eine paritätische Maifeierkommission zwischen Gewerkschaften und Partei eingesetzt, die alle Dinge vorzubereiten und zu erledigen hat. Anträge aller Art sind an die Maifeierkommission zu richten.

Der Vorsitzende dieser Kommission ist der Genosse Paul Blanck, Gewerkschaftshaus, Neubau 3. Etage. Die getätigten Beschlüsse der Maifeierkommission sind für uns bindend und können wir daher Eurem Antrag von uns aus nicht stattgeben.

Mit sozialistischem Gruß
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.

*

Sekr. 11 A. 2. April 1928.

An den Vorsitzenden der Maifeierkommission
Genossen Paul Blanck
Breslau,
Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17
Neubau, III.

Werter Genosse!

Auf unser Schreiben betreffend gemeinsame Maidemonstration erhalten wir vom Ortsvorstand der Sozialdemokratischen Partei die Mitteilung, daß wir uns mit unseren Vorschlägen an Sie als Vorsitzenden der Maifeierkommission wenden sollen. In dem beigelegten Durchschreiben unseres Briefes an den Ortsvorstand der SPD. übermitteln wir Ihnen unsere Stellungnahme und Vorschläge und bitten umgehend, zu diesen unseren Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Mit proletarischem Gruß
Bezirksleitung Schlesien der KPD., Sekr.

1 Anlage.
Durchschrift unseres Briefes an den Ortsvorstand der SPD.

*

Breslau, den 4. April 1928.

An die
die Bezirksleitung Schlesien der KPD., Sekr.

Werte Genossen!

Ihr an mich gerichtetes sowie das in der Anlage enthaltene Schreiben an den Ortsvorstand der Sozialdemokratischen Partei habe ich erhalten und muß Sie darauf aufmerksam machen, daß nicht ich oder die Maifeierkommission allein darüber entscheiden kann, ob die KPD. Breslaus sich an der diesjährigen Maifeier beteiligen darf oder nicht, sondern daß diese Entscheidung durch das Plenum des Ortsausschusses des ADGB. geschieht.

Ueber den bereits vorliegenden Beschluß sind Sie, wie ich aus dem Schreiben vom 27. 3. 28 und aus dem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung" vom 29. 3. 28 ersehe, informiert. Derselbe kann für dieses Jahr nicht mehr umgestoßen werden, weil dabei maßgebend war, daß die KPD. wohl die Einheitsparole im Munde führt, aber im übrigen nur die Gewerkschaften bekämpft und verdächtigt.

Sollte Ihre Einstellung im nächsten Jahre eine kameradschaftlichere sein, so würden die freien Gewerkschaften darüber am erfreutesten sein und alle Hindernisse für die Einheitsfront wären aus dem Wege geräumt.

Auf Grund des vorliegenden Beschlusses lehnen wir also den gemeinsamen Aufmarsch mit der KPD. ab und werden unseren kommunistischen Kollegen empfehlen, sich in ihrer Gewerkschaft einzureihen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
Paul Blanck.

*

Dieser Briefwechsel zeigt klar, wer die Schuldigen an der Zerschlagung des einheitlichen Maiaufmarsches in Breslau sind: die sozialdemokratischen Führer. Sie haben sich während der Verhandlungen gegenseitig die Bälle zugeworfen; jeder erklärte, „der andere" wäre „zuständig". Und doch hat von vornherein die Absicht bestanden, die Maidemonstration unter den Parteilosungen der SPD., also getrennt, durchzuführen. Den Beweis für diese Behauptung liefert die „Volkswacht" vom 26. März. Dort steht in dem Bericht über die Ortsausschußsitzung des ADGB.:

„... eine Demonstration gefordert, die neben den alten Gewerkschaftsforderungen auch dem Wahlkampfe Rechnung tragen soll."

Dieser Beschluß wurde vier Tage vor den Verhandlungen gefaßt, so daß die von den sozialdemokratischen Führern zum Schein erteilten Antworten nichts weiter als Heuchelei waren. Sie sind es, die das Wort von der Einheit stets im Munde führen, und sie sind es, die bei jeder Gelegenheit die Einheit vereiteln und den Willen der breiten Arbeitermassen mit Füßen treten. Denn das steht fest: Breslaus Proletariat will einen gemeinsamen Aufmarsch. Er ist nun durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer zerschlagen worden. Alle ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter müssen auf diese schändliche Haltung die richtige Antwort erteilen:

Massenbeteiligung an der kommunistischen Maidemonstration!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Stadtteil 1 (Ost).** Parteigenossen, RFB.-Kameraden heute 19 Uhr im Marschanzug Königgrätzer-, Ecke Tauentzienstraße.

— **Stadtteil 2 (Nord).** Straßenzellen 1—5 Sprechchor und Theaterspieler für 1. Mai Mittwoch 19,30 Uhr „Stadt Namslau".

Landeshut. Mittwoch 20 Uhr in der „Sonne" Mitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau.

— Alle Jugendgenossen (innen) nehmen an der Parteiwahlversammlung teil.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— Die für Mittwoch angesetzte Abteilungsführer-Sitzung fällt aus. Sie findet Donnerstag 18 Uhr im Gaubüro statt. Referent: Kamerad Steffen.

— **RJ.-Abteilungsführer.** Donnerstag 19 Uhr, Gaubüro, Sitzung.

— **Abt. 2.** Heute 19 Uhr Antreten.

— **Abt. 4.** Sämtliche Kameraden beteiligen sich heute an der Beerdigung des Kameraden Hanke. 3 Uhr Krematorium Gräbschen. Abends alles im Zentralballsaal.

— **Abt. 4. RJ.** Versammlung fällt heute aus.

— **Abt. 6.** Mittwoch 20 Uhr Spielleute bei Sauer, Gräbschener Straße 256 Ueben. — Alles andere im „Turmhof", Antonienstraße, 19 Uhr antreten.

— **RFMB.** Sprechchor und Theaterspieler Donnerstag 19,30 Uhr, Schultheißquelle, Bergmannstraße 12.

Sonstige Organisationen

Görlitz. Rote Hilfe. Mitgliederversammlung am Mittwoch fällt aus.

Heute Wahlversammlung!

Alles erscheint 20 Uhr, im „Zentralballsaal" Westendstraße 50

Reichstagsabgeordneter Ottomar Geschke spricht über: Bürgerblock, Sozialdemokratie, proletarische Diktatur

Waldenburger Bergland

Sie lügen aus Prinzip

und helfen damit den Bürgerlichen

Zu den Vorgängen in der letzten Stadtverordnetensitzung in Landeshut erhalten wir von dem Gen. Schwerthner nachstehend abgedruckte Erklärung, die den sozialdemokratischen Parteisekretär Schiller als das kennzeichnet, was er in Wirklichkeit ist!

Die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung, der ersten nach den Wahlen, besonders bei der Besetzung der einzelnen Kommissionen und Ausschüsse, haben mit einer für uns sehr erfreulichen Klarheit gezeigt, welche fragwürdige Rolle der sozialdemokratische Parteisekretär Schiller gespielt hat. Es ist notwendig, der gesamten Arbeiterschaft die tatsächlichen Vorgänge zu unterbreiten: Die 25 Stadtverordneten bilden drei Fraktionen, davon gehören der bürgerlichen Einheitsliste 15 an, der SPD. 6 und der KPD. 4 Mandate. Am Freitag, dem 16. d. M., teilte mir Genosse Brückner mit, daß Stadtverordneter Schiller eine Besprechung wünsche, in erster Linie wegen der Besetzung der verschiedenen Kommissionen und Ausschüsse. Die Aussprache fand am selben Abend zwischen Schiller und mir statt. Sie nahm folgenden Verlauf: Schiller erzählte mir, er sei auf Wunsch des Stadtverordneten Prerauer bei ihm gewesen, ebenfalls zum Zweck einer Aussprache über die Ausschußbesetzung. Zunächst habe Pr. der SPD. eine Vertretung im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung angeboten (den stellvertretenden Schriftführer). Er (Schiller) habe aber dankend abgelehnt. Stadtverordneter Pr. habe weiter erklärt, daß die bürgerliche Fraktion nicht die Absicht habe, die Linke bei der Ausschußbesetzung auszuschalten. Schiller habe erwidert, daß es aus Rücksicht auf das Recht der Verhältniswahl anders auch gar nicht gehe. Prerauer habe die Zulässigkeit der Verhältniswahl bezweifelt. Zur Klärung dieser Frage sei die Besprechung geschlossen und nach kurzer Zeit wieder auf Wunsch von Pr. fortgesetzt worden. Herr Pr. habe der Ansicht Schillers bezügl. der Verhältniswahl rechtgegeben, zugleich aber erklärt, daß die bürgerliche Fraktion wünsche, ohne Verhältniswahl zu einer Einigung zu kommen, und der Linken folgende Sitze überlasse (die eingeklammerten Zahlen geben die Gesamtstärke der betreffenden Kommissionen an): Wahlvorbereitungskommission: 2 Sitze (5 Stadtv.), Bau- und Gutsdeputation: 1 Stadtv., 1 Bürg. (3 Stadtv., 2 Bürg.), Gas- und Wasserwerksdeputation: 1 Stadtv., 1 Bürg. (2 Stadtv., 2 Bürg.), Schlachthofkommission: 1 Stadtv., 1 Bürg. (2 Stadtv., 2 Bürg.), Gesundheitskommission: 1 Stadtv., 1 Bürg. (2 Stadtv., 3 Bürg.), Wohlfahrtsdeputation: 1 Stadtv., 1 Bürg. (2 Stadtv., 2 Bürg.), Marktkommission: 1 Stadtv., 1 Bürg. (3 Stadtv., 3 Bürg.), Friedhofskommission: zwei Stadtv., 2 Bürg. (3 Stadtv., 3 Bürg.). Ausschuß für die gewerbliche Fortbildungsschule: 1 Stadtv., 2 Arbeitnehmer (3 Stadtv., 2 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). Vorstand bei der Städtischen Sparkasse: 1 Bürg. (2 Stadtv., 1 Bürg.), Finanzkommission: 1 Stadtv. (3 Stadtverordnete), Einquartierungskommission: 1 Stadtv., 1 Bürg. (4 Stadtverordn., 1 Bürg.), Schulausschuß der Mädchenmittelschule: 1 Stadtv., 1 Bürg. (2 Stadtv., 2 Bürg.), Ausschuß für die Oberrealschule: 1 Stadtv., 1 Bürg. (3 Stadtv., 3 Bürg.), Ausschuß für die Volksschulen: 1 Stadtv., 1 Bürg. (3 Stadtv., 2 Bürg.).

Schiller erklärte mir nun, daß wir (SPD. und KPD.) diese zugestandenen Sitze aufzuteilen haben, und wir einigten uns folgendermaßen: Die SPD. überläßt der KPD. folgende Sitze: Bau- und Gutsdeputation: 1 Bürg., Gas- und Wasserwerksdeputation: 1 Bürg., Schlachthofkommission: 1 Stadtv., Gesundheitskommission: 1 Bürg., Wohlfahrtsdeputation: 1 Bürg., Marktkommission: 1 Bürg., Friedhofskommission: 1 Stadtv., 1 Bürg., gewerbliche Fortbildungsschule: 1 Arbeitnehmer, Städtische Sparkasse: —, Finanzkommission —, Einquartierungskommission (blieb offen), Mädchenmittelschule 1 Stadtv., Oberrealschule: 1 Bürg., Volksschule: 1 Stadtv.

Ich erklärte Schiller, daß unsere Fraktion daran festhalte, in der Bau- und Gutsdeputation, in der Wohlfahrtsdeputation, in der Finanzkommission und dem Ausschuß für die Oberrealschule durch einen Stadtverordneten vertreten zu sein. Mit Bezug auf die Stärke der SPD.-Fraktion lehnte Schiller unsere Forderungen ab. Ich sagte: die KPD.-Fraktion wird Anträge einbringen, diese Ausschüsse um je einen Stadtverordneten zu verstärken. Ist die SPD. bereit, für diese Anträge zu stimmen? Schiller erklärte: Ja, dieser Weg ist gut. Damit war die eigentliche Besprechung beendet, und Schiller erklärte, daß die erfolgte Regelung der Auffassung seiner Fraktion entspreche. Er sagte weiter, wir sollten uns in der kommenden Stadtverordnetensitzung nicht wundern, wenn die SPD. gegen einen bürgerlichen Stadtverordneten eine kleine Anrempelung unternehme, die wir Kommunisten vielleicht lächerlich finden werden. Auf meine Frage sagte Schiller, gegen den Stadtverordneten Pilz Material zu haben. Ich erklärte, wenn Ihr Material habt, dann ist es Eure Pflicht, offen gegen Pilz vorzugehen. Schiller erwiderte: Nein, wir machen das nach und nach, von hinten herum. Auf Grund dieser Aeußerungen habe ich mir noch am selben Abend genaue Notizen über die ganze Besprechung gemacht. Ich muß noch bemerken, daß Schiller es übernahm, dem Stadtv. Prerauer die Verteilung der Sitze und die Absicht unserer Anträge mitzuteilen.

Das war am Freitagabend.

Am Sonnabendvormittag teilte Schiller dem Genossen Brückner mit: die Bürgerlichen lehnen unsere Verhandlungen ab, sie machen nicht mit. Keine Silbe darüber, was sie ablehnen, oder was sie nicht mitmachen oder weshalb. Uns störte die Ablehnung nicht im geringsten. Wir sind und bleiben Gegner des politischen Kuhhandels.

Nun zur Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Begründung unserer Anträge auf Verstärkung einzelner Ausschüsse erklärte ich u. a.: Die Ablehnung der Bürgerlichen zeige offenbar das Bestreben, uns Kommunisten aus den Ausschüssen fernzuhalten und damit von jeder praktischen Arbeit auszuschließen. Nachdem unser erster Antrag in der Frage der Bau- und Gutsdeputation mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde, erklärte beim zweiten Antrag (Wohlfahrtsdezernat) der Stadtverordnete Prerauer:

„Der Stadtverordnete Schiller habe ihm erklärt, daß die kommunistische Fraktion derartig hohe Forderungen gestellt habe, daß selbst die SPD. sie abgelehnt habe. Auf diese Erklärung hin habe die bürgerliche Fraktion ebenfalls die Ablehnung beschlossen.

Auf unsere Zurufe erklärte Schiller: **„Ja, die Kommunisten haben derartig hohe Forderungen gestellt, daß wir sie ablehnen mußten."**

Diese elende Demagogie ist unübertreffbar.

Ich stelle fest: Die Forderungen auf Grund unserer Anträge können es nicht sein, denn für alle vier Anträge hat die SPD.-Fraktion geschlossen mit uns gestimmt. Andere Forderungen gab es nicht, denn die übrigen Sitze hat uns Schiller selbst zugestanden. Der Stadtverordnete Schiller hat also gelogen. Er hat bewußt gelogen, weil er vielleicht glaubte, daß seine Methode — hintenherum — nicht erkannt wird, und er verhindern wollte, daß die KPD. auch nur in eine Kommission hineinkomme. Uns gegenüber bezeichnet Schiller die bürgerliche Fraktion als die Schuldigen, während er dem Stadtverordneten Prerauer gegenüber von „unverschämten kommunistischen Forderungen" spricht, die er und seine Parteigenossen ablehnen.

Er bietet sich also den Bürgerlichen als Helfershelfer an, zur Rechtlosmachung der KPD.-Fraktion bzw. der hinter ihr stehenden Wählerschaft.

Das ist Demagogie in Reinkultur!

Herr Schiller, damit haben Sie Ihren wahren Charakter gezeigt. Das Geschrei über die „unbescheidenen kommunistischen Forderungen" überlasse ich getrost den Bescheidenen. Die werktätige Bevölkerung hat längst erkannt, wie weit sie durch die Bescheidenheit ihrer Führer gekommen ist. Gerade der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen müßte das allen deutlich genug gezeigt haben.

Groß-Waldenburg

Eingemeindung Konradsthal-Weißstein.

Am Mittwoch fand in Konradsthal eine Einwohnerversammlung statt, die zur Eingemeindung nach Weißstein Stellung nahm. Genosse Schubert gab noch einmal den Beschluß der Gemeindevertretung zur Eingemeindung bekannt. Genosse Klein sprach dann über das Thema: „Warum Eingemeindung nach Weißstein?" An Hand von Zahlen zeigte er den Versammelten die Leistungen der Gemeinde Weißstein, besonders in der Wohlfahrtspflege. Auch über die grundsätzliche Einstellung der Kommunisten zur Eingemeindung klärte Klein die Anwesenden auf. Nach dem aufklärenden Referat ergänzte Amtsvorsteher Hertwig aus Weißstein die Ausführungen des Genossen Klein. Die Eingemeindung wird spätestens am 1. Juli d. J. vollzogen sein. Die Einwohner von Konradsthal dürfen nun endlich auf eine gründliche Verbesserung der miserablen Wegeverhältnisse hoffen.

Ueberfahren und getötet wurde am 2. Osterfeiertag in Dittersbach ein Kind, welches sich auf einem Spaziergang befand und dabei von einem Auto überrascht wurde.

Konradsthal. An dem Landsonntag beteiligten sich sieben Genossen der Straßenzelle Konradsthal. Die mitgenommenen 44 Zeitungen und für eine Mark Rote-Hilfe-Literatur wurden in kurzer Zeit in Liebersdorf umgesetzt. Interessante Diskussionen gab es bei den Landwirten, Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten. Gerade hier sieht man am besten, was für eine Hetzarbeit die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen gegen die Kommunisten geleistet haben. Den Genossen fiel es nicht allzu schwer, die Angriffe gegen die KPD. abzuwehren, da die „Argumente" aus dem „Tageblatt" und der „Bergwacht" stammten und wir die politischen Gegner kurz gefaßt dementierten. Mehr Aufklärung, und der kommunistische Gedanke wird auch in Liebersdorf Fuß fassen.

Schweidnitz

Ströbel. Sozialdemokratische Lügenpeter. In Nr. 77 beschäftigt sich das bekannte sozialdemokratische Schmutzblatt „Bergwacht", im Volksmund „Dreckwacht" genannt, mit einer vor kurzer Zeit hier abgehaltenen kommunistischen Versammlung, in der die Ortsgruppe Ströbel der KPD. begründet wurde. Das Schmierblatt tischt seinen bedauernswerten Lesern die Mär auf, die Anwesenden wären bereits Mitglieder der KPD. gewesen und hätten ihren Beitritt nur „zum Schein" erklärt. Ein blöder Schwindel! Tatsache ist, daß zehn Arbeiter, darunter Mitglieder des RFB., die der Partei noch nicht angehörten, ihren Beitritt zur Kommunistischen Partei erklärten. Allerdings hat der Berichterstatter des SPD.-Blattes, Herr Kroker, Anspruch auf unsere Nachsicht. Er war zwar nicht so sinnlos betrunken wie einige seiner Parteigenossen, die in der Versammlung erschienen waren und dauernd gröhlten, aber immerhin war auch er des Schnapses reichlich voll.

Gestärkt und ermutigt durch diesen genossenen Alkohol, versuchte er durch einen aus den Fingern gesogenen Schwindel unseren Referenten als einen Arbeiterverführer hinzustellen, der im Waldenburger Revier in einer den Bergarbeitern schädlichen Weise sich betätigt hätte. Als der Referent, Genosse Dombrowski, feststellte, daß er während der ganzen Dauer seiner Parteibetätigung noch nie in einer Waldenburger Streikversammlung gesprochen habe, machte Kroker den Zwischenruf: „Vielleicht hast Du damals andere Papiere gehabt!" Diese Denunziation wurde sofort von unserem Genossen festgenagelt, der auch die endlos langen „sachlichen Ausführungen" dieses stark angeheiterten sozialdemokratischen Diskussionsredners zerpflückte. Wenn der später nüchtern gewordene Kroker, der dafür bekannt ist, daß er seine Gesinnung wie ein schmutziges Hemde wechselt, sich dafür nun durch einen Schmutzartikel in der „Bergwacht" für die erlittene Abfuhr rächt, so paßt das durchaus zu seinem Charakterbild. Doch der Bursche macht vergebliche Anstrengungen, in Ströbel wieder eine Rolle zu spielen. Er ist seit seiner hervorragenden Beteiligung im Konsumverein von allen Arbeitern durchschaut und als Schädling erkannt.

Bolkenhain

Vier Kinder verbrannt. In der Nacht zu Dienstag brannte im nahen Langhelwigsdorf die Behausung des Stellenbesitzers Walter nieder. Vier Kinder des Besitzers im Alter von vier bis neun Jahren sind im Feuer umgekommen.

Niederschlesien

Görlitz

Hand- und Kopfarbeiter! Heraus zur öffentlichen Versammlung der Kommunisten am Freitag 20 Uhr in der Aktien-Brauerei. Es spricht der Spitzenkandidat der KPD. für den Landtag im Wahlbezirk Liegnitz, der Landtagsabgeordnete Hugo Eberlein-Berlin. Massen heraus! Hört, was euch die Kommunisten sagen!

Sagan

Tagebuch. Der Akkordschinderei zum Opfer fiel die Weberin Lipka, in Parchen wohnhaft, bei der Firma Mos-Löw-Beer. Sie geriet mit der Hand in die Kammräder, so daß ihr zwei Finger glatt abgeschnitten wurden.

Von einem Sportgenossen geht uns folgende Zuschrift zu: Jetzt, wo wieder viele Arbeiterkinder die Schule verlassen, und vielleicht der weiteren Beeinflussung des Bürgertums entzogen werden könnten, werben die bürgerlichen Vereine, um die Arbeiterjugend einzufangen. Neben den christlichen Jünglingsvereinen sind es vor allen Dingen die bürgerlichen Sportvereine, die sich darin auszeichnen. So versendet der bürgerliche Sportverein „Komet" an die Eltern und Jugendlichen, zum Teil auch an die, die bereits schon im Arbeitersportverein Jahn und im V.i.B. organisiert sind, Einladungsschreiben, die nur so triefen vor Höflichkeit, „sittlicher Erstarkung" und körperlicher Tüchtigkeit. Das Gegenteil aber ist der Fall. Die Arbeiterjugend soll in den bürgerlichen Vereinen ihrer Klasse entfremdet werden, um recht lange ein gefügiges Werkzeug der bürgerlichen Gesellschaft zu bleiben. Wie die Vereinigung „Komet" ihre Sportkämpfe durchführt, sei an einem Beispiel gezeigt. Anläßlich eines Fußballwettspiels hat sich Komet nicht gescheut, an den V.i.B. heranzutreten, um sich die besten Spieler zu pumpen, da sie durchaus unbesiegt bleiben wollten. Selbstverständlich erhielten sie eine anständige Abfuhr. Diese Tatsache zeigt, wie es mit dem bürgerlichen Sport bestellt ist, da hilft auch kein Versprechen von Hosen und Anzügen, wie es mit Vorliebe von dieser Organisation gehandhabt wird. Für die Arbeiter kommt nur der V.i.B. in Frage. Dort werden keine Anzüge verschenkt, dafür aber der Arbeiter zu einem freien Menschen erzogen.

Die in Kürze stattfindende Wahl macht sich in der Art der Kampfmittel schon jetzt bemerkbar. So wurde in der Wollspinnerei ein Genosse, der sich allgemeiner Achtung erfreut, von ein paar SPD.-Leuchten zum Diebe gestempelt! Nicht genug damit, agitiert man natürlich eifrig mit dieser Lumperei, und gerade solche Leute, die eigentlich kein Recht hätten, an diese Sache überhaupt nur zu denken. Besonders eifrig kolportiert der Betriebsratsobmann Hermann Wolf diese Verleumdung. Wir werden aus diesem Grunde in den nächsten Tagen einmal die Entwicklung, die dieser Betrieb unter der Regie dieses „politischen Clowns", wie ihn Genosse Himmel erst unlängst bezeichnete, genommen hat, aufzeigen. Für heute mag es genügen, wenn wir feststellen, daß in der Wollspinnerei die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft durch die unfähige Politik dieses Maulhelden wieder einen Sitz mehr erobert hat.

At.

Neusalz

* **Tödlicher Sturz.** Die 80jährige Witwe Klose von hier stürzte so unglücklich auf der Treppe, daß sie sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Sie starb nach qualvollem Leiden am Sonntagabend.

Sprottau

Arbeiterfeindliche Geschäftsleute. Dieser Tage war hier ein Vertreter der „Arbeiter-Zeitung", um Inserate für unser Blatt zu sammeln. Dabei kam er auch zu den Geschäftsleuten in den Stadtteil Julan. Bäckermeister Irrgang sowie die Bäckermeister Gebr. Scheuer lehnten die Injektion ab; die letzteren noch unter herabsetzenden Bemerkungen über die Arbeiter. Diese werden sich die Geschäftsleute, die in ihrer Zeitung nicht inserieren, bestimmt merken und aus deren Verhalten ihre Konsequenzen ziehen.

Glogau

Wiederverhaftung wegen Verdachts der Brandstiftung. Der Besitzer der Priedemoster Dampfmühle, Utermöhl, ist in Haft genommen worden, da er verdächtig ist, die mit 350 000 Mark versicherte Dampfmühle in Brand gesteckt zu haben. Utermöhl war zur Zeit des Brandes in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis. Gleich nach dem Brande wurden er und sein Schwager der vorsätzlichen Brandstiftung bezichtigt; nach längerer Untersuchung wurde jedoch das Verfahren eingestellt, weil ein Müller eidlich aussagte, daß der Brand durch Kurzschluß entstanden wäre. Der Müller hat sich inzwischen selbst des Meineids bezichtigt, woraufhin die abermalige Festnahme Utermöhls erfolgte.

Haynau

Rote-Hilfe-Nachrichten. „Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen, her mit der Generalamnestie!" Ueber diese Hauptforderungen der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft spricht am Freitag, um 19,30 Uhr, in einer Mitgliederversammlung im Volkshaus (großes Zimmer) ein Genosse der Bezirksleitung der Roten Hilfe. Es ist notwendig, daß die Rote-Hilfe-Genossen diese Versammlung restlos besuchen, um sich über die ablehnende Behandlung der Amnestie im Reichstage zu informieren. An den Pranger mit den Saboteuren der Generalamnestie!

Bunzlau

Großes Schadenfeuer. In Ottendorf brannten aus bisher unaufgeklärter Ursache ein Wohnhaus und zwei Scheunen nieder. Durch einen einstürzenden Giebel wurden mehrere Personen verschüttet und zwei Feuerwehrleute erlitten schwere Verletzungen. Der Sachschaden ist erheblich.

* Wie jetzt behauptet wird, ist als Brandstifter der 14jährige Pflegesohn Lachmann des Gutsbesitzers Zeidler ermittelt. Nach dem Geständnis des Jungen ist das Feuer beim Spielen mit Zündhölzern entstanden.

Liegnitz

Tödlicher Verkehrsunfall. Als ein Lastauto der Nußbaum-Brauerei in Breslau von der Grünstraße in die Haagstraße einbog, stieß es auf den die Haagstraße mit dem Rade entlangfahrenden 19jährigen Elektromonteur Martin Schikora. Dieser wurde mitgeschleift und derart gegen die Bordkante der Straße gedrückt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Aus dem Riesengebirge

Parteigenossen! Achtung! RFB.-Kameraden!

Mittwoch, 19,30 Uhr, im Kretscham Cunnersdorf

Oeffentliche Wahlversammlung!

Thema: „Vier Jahre bürgerliche Klassenpolitik." Referent Genosse Geyer-Breslau. Parteigenossen! Sympathisierende! Sorgt dafür, daß der Auftakt für die Wahlen auch in Hirschberg ein guter ist! Jeder sei ein Agitator! Vor der Versammlung findet eine Demonstration durch die Stadt statt. Antreten: Untere Promenade. Jeder Genosse und jeder RFB.-Kamerad ist unbedingt verpflichtet, pünktlich teilzunehmen. Ebenso ist die sympathisierende Arbeiterschaft eingeladen! Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Sammelt für den Wahlfond!